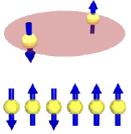




Die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Hermann ADRIAN

Universitätsprofessor für Experimentalphysik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Stellvertretender Vorsitzender des Technologiebeirates des Landes Rheinland-Pfalz
Vorsitzender des Materialwissenschaftlichen Forschungszentrums Mainz



(Mainz, im Juni 2000, überarbeitet und ergänzt im Oktober 2000)



In Deutschland werden viel zu wenig Kinder geboren. Die im Abstand von 30 Jahren nachfolgenden Generationen sind jeweils 35% kleiner als die vorausgehenden. In den 10 Jahren 1998 bis 2008 sinken die Geburtenzahlen um ca. 23% von 812.000 auf 627.000 und danach mit einer Jahresrate von 1,4%. Die neuesten Zahlen des Stat. Bundesamtes sind sogar noch dramatischer als diese Prognose.

Die Bevölkerungszahl ist jedoch die wichtigste Basisgröße für die Entwicklung einer Volkswirtschaft!

Werden 400.000 Kinder pro Jahr zu wenig geboren werden, dann werden 25 Jahre später 200.000 Wohnungen nicht gebraucht und 300.000 Autos nicht gekauft. Zu geringe Geburtenzahlen und abnehmende Jahrgangsstärken beeinträchtigen Wirtschaftswachstum und erzeugen Arbeitslosigkeit!

Die Bevölkerungsabnahme in Deutschland um ca. 1% und das Bevölkerungswachstum der USA um etwa 1% pro Jahr erklären den beobachteten Unterschied im Wirtschaftswachstum zwischen diesen beiden Ländern von etwa 2%. Im Vergleich Euro-Land und USA verringert sich das Verhältnis der Bevölkerungszahlen von 1,49 im Jahr 1950 auf etwa 1,06 im Jahr 2000 und 0,64 im Jahr 2050, d.h. um den Faktor 2,3, obwohl Euro-Land erst seit 35 Jahren diese niedrigen Geburtenraten hat!

Bezogen auf die Bevölkerung haben die USA 54% mehr Geburten als Deutschland und 40% mehr Geburten als Euro-Land. Diese 40% mehr Geburten sind der Grund dafür, dass der US-Wirtschaft und damit dem US-Dollar eine bessere Zukunft zugetraut wird als der Wirtschaft in Euro-Land und damit dem Euro. Man muss sogar fürchten, dass der Wertverlust des Euro noch sehr viel weiter geht.

Wollten wir die fehlenden Geburten durch Zuwanderung ausgleichen, so ist völlig klar, dass wir keine ausreichende Anzahl gut ausgebildeter Einwanderer aus hoch industrialisierten Ländern bekommen könnten. Es verbleiben die armen und wirtschaftlich schwachen Entwicklungsländer. Aber gerade diese brauchen ihre intellektuelle Elite selbst zum Aufbau ihres Landes. Was wäre das für eine Politik, wenn wir uns als reiches Land selbst zu schade sind, die Mühen und Kosten für Kinder auf uns zu nehmen, aber dann dafür die begabten Kinder armer Länder in unser Land holen. Sind wir bereit, diesen Ländern fairerweise die Kosten für die Ausbildung ihrer jungen Menschen von 200.000 DM pro Person zu erstatten? 100.000 Zuwanderer jährlich kosten dann 20 Milliarden DM jährlich!

Es gibt keine Alternative zur Erhöhung der Geburtenzahlen durch eine substantielle und marktwirtschaftlich ausgerichtete Förderung von Kindern und Familien.

Die hierfür eingesetzten Mittel wären ökonomisch gut angelegt, da sie ein kräftiges Wirtschaftswachstum und rapide abnehmende Arbeitslosigkeit zur Folge hätten.

Wir haben heute in Deutschland familienpolitische Rahmenbedingungen unter denen viele junge Menschen es sich nicht leisten können, Kinder zu bekommen und aufzuziehen. Diese Rahmenbedingungen müssen so geändert werden, dass es sich junge Menschen wieder leisten können, Kinder zu haben ohne dadurch in Armut zu geraten oder im Wohlstand zu sehr zurückzufallen.

Die Förderung von Kindern, für die hier geworben wird, sollte nicht aus sozialen oder gar ideologischen Gründen erfolgen, sondern wird aus marktwirtschaftlichen Überlegungen als absolut notwendig erachtet. Deshalb ist die Höhe der Förderung alleine an dem Ziel auszurichten, eine Geburtenrate nahe 2,1 Kindern pro Frau und damit langfristig eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu erreichen.

Unabhängig davon ist es wichtig, den jungen Erwachsenen die Gewissheit zu geben, dass ihre Kinder uns willkommen sind und wir sie nachhaltig fördern werden.

Liebe Leserin / lieber Leser:

Bitte lassen Sie mich Ihre Meinung zu diesem Thema wissen!

Bitte senden Sie mir Ihre Kommentare, Ihre Kritik oder Ihre Zustimmung!

Am besten per email an Hermann.Adrian@uni-mainz.de

oder an Hermann ADRIAN, Institut für Physik, Universität Mainz, D-55099 Mainz



Die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Hermann ADRIAN

Universitätsprofessor für Experimentalphysik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Stellvertretender Vorsitzender des Technologiebeirates des Landes Rheinland-Pfalz
Vorsitzender des Materialwissenschaftlichen Forschungszentrums Mainz



(Mainz, im Juni 2000, überarbeitet und ergänzt im Oktober 2000)

Inhaltsverzeichnis	Seite 1
Zusammenfassung	2
1. Einleitung und Motivation für diese Studie.....	3
2. Einige Elementare Fakten.....	4
3. Geburtenraten in Deutschland.....	5
4. Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland am 31.12.1997.....	6
5. Berechnung des zukünftigen Altersaufbaus der Bevölkerung.....	7
5.1. Schaubilder 2010, 2020, 2035, 2050 für Variante 1: heutige Fertilität.....	9
5.2. Schaubilder 2010, 2020, 2035, 2050 für Variante 2: Fertilität 2,06.....	10
5.3. Ergebnis der Berechnung nach Variante 1: heutige Fertilität.....	11
5.4. Ergebnis der Berechnung nach Variante 2: Fertilität 2,06.....	11
6. Entwicklung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern	12
6.1. Gegenwärtiger Altersaufbau der Bevölkerung in den neuen Bundesländern.....	12
6.2. Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung in den neuen Bundesländern.....	13
7. Entwicklung der Bevölkerungsanteile bis 2050 für beide Varianten.....	14
8. Bevölkerungsentwicklung, Rentenfinanzierung, Private Altersvorsorge, Pflegevers.....	16
8.1. Gesetzliche Rentenversicherung und Pensionszahlungen	16
8.2. Vorschlag für künftige Rentenanpassungen und Pensionserhöhungen.....	17
8.3. Private Altersvorsorge.....	18
8.4. Beitragssätze und Leistungen der Pflegeversicherung.....	18
9. Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Infrastruktur und Wirtschaft	19
10. Einfluß der Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitslosigkeit	21
11. Gesellschaftliche Auswirkungen der geringen Geburtenraten.....	23
11.1. Zunahme des Anteils der auf Dauer kinderlosen Erwachsenen	23
11.2. Selbstaufgabe, Rückwärtsgewandtheit , mangelnde Zukunftszuversicht.....	24
12. Vergleich der Entwicklung: Deutschland, Euro-Raum, USA	25
12.1. Bevölkerungsentwicklung von Euro-Land und Außenwert des Euro	26
12.2. Vergleich Deutschland, Euro-Land, Europäische Union, USA (Tabelle).....	27
13. Können fehlende Kinder durch Zuwanderung ausgeglichen werden?.....	28
14. Bevölkerungsentwicklung, Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus	29
15. Stabilisierung der Bevölkerung durch Förderung von Familien und Kindern.....	32
15.1. Häftige Verteilung der Kosten für Kinder auf die Eltern und die Allgemeinheit.....	32
15.2. Einführung eines Betreuungs- und Erziehungsgehaltes für Eltern.....	33
15.3. Kosten der finanziellen Förderung von Kindern und Familien.....	35
15.4. Flankierende strukturelle Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern.....	36
16. Schlussbemerkungen.....	37

Liebe Leserin / lieber Leser:

Bitte lassen Sie mich Ihre Meinung zu diesem Thema wissen!

Bitte senden Sie mir Ihre Kommentare, Ihre Kritik oder Ihre Zustimmung!

Am besten per email an Hermann.Adrian@uni-mainz.de

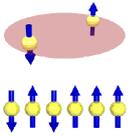
oder an Hermann ADRIAN, Institut für Physik, Universität Mainz, D-55099 Mainz



Die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Hermann ADRIAN

Universitätsprofessor für Experimentalphysik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Stellvertretender Vorsitzender des Technologiebeirates des Landes Rheinland-Pfalz
Vorsitzender des Materialwissenschaftlichen Forschungszentrums Mainz



(Mainz, im Juni 2000, überarbeitet und ergänzt im Oktober 2000)



Zusammenfassung

Der Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland ist geprägt durch einen starken Rückgang der jährlichen Geburtenzahlen im Zeitraum von 1965 bis 1975 von etwa 1,35 auf 0,85 Millionen. Seither waren die Geburtenzahlen relativ konstant. Diese scheinbar stabile Situation ergab sich aus der Kompensation einer abnehmenden Geburtenrate pro Frau (Fertilität) durch eine Zunahme der Jahrgangsstärken der 20- bis 40-jährigen Frauen. In den nächsten 10 Jahren wird sich die Anzahl dieser Frauen um etwa ein Viertel verringern, da sich ihre Altersgruppe aus dem Bereich großer Jahrgangsstärken vor 1965 in den Bereich kleiner Jahrgangsstärken nach 1975 verschoben wird.

Bei gleichbleibender Geburtenrate von heute im Mittel 1,37 Kindern pro Frau zeigen die Prognoserechnungen einen Rückgang der Geburtenzahlen in nur 10 Jahren um 23% von 812.000 auf 627.000 pro Jahr, um danach weiterhin mit einer Rate von 1,4% pro Jahr zu sinken.

Dies führt mittelfristig zu einem Rückgang der Gesamtbevölkerung von im Mittel ebenfalls 1,4% pro Jahr einhergehend mit einem Mangel junger und einem überhöhten Anteil alter Menschen sowie großen wirtschaftlichen Problemen durch den ständigen Schrumpfungsprozess des gesamtwirtschaftlichen Rahmens.

Eine stabile Bevölkerung könnte nur durch Zustrom von jährlich 500.000 Personen aus dem Ausland oder durch eine Erhöhung

der Geburtenrate auf 2,1 Kindern pro Frau erreicht werden. Hierzu bedarf es einer deutlichen Verbesserung der finanziellen und strukturellen Förderung von Kindern und Familien.

Die Prognoserechnungen zeigen, dass jetzt gehandelt werden muss. Wenn die Geburtenzahlen erst mal drastisch abgesunken sind, ist eine Umkehrung kaum mehr möglich.

Eine jährlich um 1,4% sinkende Bevölkerung würde die wirtschaftliche Basis unseres Landes dramatisch schwächen. Das Ziel, eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu erreichen ist also nicht vorwiegend ein soziales Anliegen, sondern ist Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Der häufig vorgebrachte Einwand, die zu geringen Geburtenzahlen könnten durch Fördermaßnahmen nicht angehoben werden, ist nicht stichhaltig, wie die erfolgreiche Familienpolitik von Ländern wie USA, Holland, Dänemark und Frankreich zeigt. Auch auf dem Gebiet der Familienpolitik sind natürlich marktwirtschaftliche Mechanismen wirksam, was häufig geleugnet wird.

Im Vergleich dazu ist die gegenwärtige Diskussion über die Finanzierung der Altersvorsorge geradezu nebensächlich. Statt sich vorwiegend um die materielle und pflegerische Situation der alten Generation zu sorgen, ist es höchste Zeit, die nachwachsenden Generationen nachhaltig zu fördern und in alle steuerlichen und rentenpolitischen Überlegungen starke und wirksame Kinderkomponenten einzuführen, das

Kindergeld drastisch zu erhöhen und ein Erziehungs- und Betreuungsgehalt für Eltern einzuführen.

Es ist wichtig zu erkennen, dass höhere Geburtenzahlen nachweislich die Arbeitslosigkeit abbauen, wie auch ein Vergleich mit den hohen Geburtenraten wirtschaftlich erfolgreicher Länder zeigt.

Eine drastisch schrumpfende Bevölkerung wie die unsere, befasst sich vorwiegend mit rückwärtsge wandten Themen wie Rentensicherung und Subventionierung alter und unrentabler Wirtschaftszweige. Der Mangel an jungen Menschen ist gleichbedeutend mit einem Mangel an Aufbruchsstimmung und Zukunftszuversicht.

Im Jahr 1999 hatte die 82 Mio. Bevölkerung Deutschlands noch 770.000 Geburten zu verzeichnen. Die 266 Mio. US-Bürger hatten dagegen 3.850.000 Geburten, bezogen auf 82 Mio. US-Bürger wären dies 1.183.000 Geburten, also rund 400.000 Geburten oder 54% mehr. Im Vergleich zu Euro-Land haben die USA 40% mehr Geburten. Kinder sind die Zukunft eines Landes und Märkte nehmen zukünftige Entwicklungen vorweg. Diese 40% mehr Geburten sind der Grund dafür, dass die Welt der US-Wirtschaft und damit dem US-Dollar eine bessere Zukunft zutraut als der Wirtschaft in Euro-Land und damit dem Euro. Man muss demnach sogar fürchten, dass der Wertverlust des Euro noch sehr viel weiter geht.

1. Einleitung und Motivation für diese Studie

In Deutschland ist gegenwärtig eine intensive Diskussion im Gange mit dem Ziel, ausländische Wissenschaftler der Informations- und Kommunikations-Technologie in unser Land zu holen, um den großen Bedarf an modern ausgebildeten jungen Menschen auf diesem Gebiet zu decken. Hierfür wurden in Anlehnung an die „Green Card“ der USA besonders attraktive Regelungen eingeführt.

Inzwischen mehren sich aber auch die Meldungen aus anderen Wirtschafts- und Wissenschaftsbereichen, die ebenfalls für ihr Gebiet die Anwerbung gut ausgebildeter ausländischer Arbeitnehmer fordern. Dies zeigt, dass in Deutschland ein inzwischen schon allgemeiner Mangel an Universitätsabsolventen auf dem Gebiet der Natur-, Informations- und Ingenieurwissenschaften herrscht. Jedermann kann sich hiervon leicht anhand der entsprechenden Anzeigenteile unserer überregionalen Tages- und Wochenzeitungen überzeugen.

Diese Entwicklung ist um so besorgniserregender als unsere Universitäten in den Jahren 1998 bis 2000 die größte Anzahl an promovierten Absolventen in die Wirtschaft entlassen haben bzw. entlassen werden. Da die Anfängerzahlen für das Studium der Physik und der Chemie sowie vieler Ingenieurdiszipli-

nen seit 1992 um etwa die Hälfte abgenommen haben, werden die Absolventenzahlen in den nächsten zehn Jahren ebenfalls etwa auf die Hälfte abnehmen, was unabwendbar zu einem dramatischen Mangel an entsprechend ausgebildeten Arbeitskräften führen wird.

Eine wichtige Ursache für den Rückgang der Anfängerzahlen liegt im Rückgang der Geburtenzahlen durch den Pillenknick um 1970, der ab 1990 zu einem entsprechenden Rückgang der Jahrgangsstärken der 20-Jährigen geführt hat. Der Einfluss der Jahrgangsstärken auf die Anfängerzahlen in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern war der Anlass für diese Studie. Ihr Inhalt ist die Berechnung der zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Statistischen Jahrbuches 1999 (SJB 1999). Dieses bisher jüngste veröffentlichte statistische Jahrbuch enthält das statistische Zahlenmaterial für das Jahr 1997.

Die Berechnungen zeigen, dass bei den gegenwärtigen Geburtenraten im Mittel eine Abnahme der Geburtenzahlen von jährlich 1,4% eintreten wird. Diese Abnahme der Geburtenzahlen führt mittelfristig auch zu einer Abnahme der

Gesamtbevölkerung von jährlich 1,4%, was dramatische Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hat.

Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung seit 1970 gibt es heute in Deutschland eine junge Generation, die einem 50-Millionen-Volk entspricht, während der Bedarf an Akademikern und qualifizierten Arbeitskräften noch der eines 80-Millionen-Volkes ist. Dies ist die eigentliche Ursache des allgemeinen Mangels an jungen Wissenschaftlern.

Aus Gründen einer gesunden und starken wirtschaftlichen Entwicklung ist es von größter Bedeutung, mittelfristig zu einer stationären Bevölkerungsentwicklung zu gelangen. Den dafür nötigen Investitionen in die Zukunft muss größte Priorität eingeräumt werden. Die gegenwärtige Politik, die materielle Investitionen fördert und sich ständig nur um die materielle Versorgung der Alten kümmert, zeigt, dass die politisch Verantwortlichen die Zusammenhänge nicht erkannt haben. Auch in der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Diskussion werden diese Themen nicht ausreichend behandelt. Diese Studie soll auch dazu dienen, diesem Missstand abzuwehren

2. Einige Elementare Fakten

Die zahlenmäßige Entwicklung einer Bevölkerung hängt entscheidend von der mittleren Anzahl der Kinder ab, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommt. Neben dieser Geburtenrate oder auch Fertilität genannten Zahl spielt

natürlich auch noch das Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder und die Sterbewahrscheinlichkeit der verschiedenen Altersjahrgänge eine Rolle. Man muss bei den Berechnungen berücksichtigen, dass etwa 1% der lebend

geborenen Mädchen durch Krankheit und Unfälle bis zum 30. Lebensjahr stirbt. Ferner beobachtet man, dass aus genetischen Gründen auf 100 Geburten von Mädchen 106 Knaben geboren werden.

Demzufolge gilt:

**Zur Reproduktion von 100 erwachsenen Frauen müssen
101 Mädchen geboren werden**

Zusätzlich werden 107 Knaben geboren ($107:101 \approx 106 : 100$)

Insgesamt werden also 208 Kinder pro 100 Frauen benötigt (Fertilität 2,08)

Die Bedingung für eine stationäre Bevölkerungsentwicklung, die ohne äußere Einflüsse wie Kriege oder Seuchen zu konstanten Geburtenzahlen und bis in den Bereich merklicher Sterbewahrscheinlichkeit (beginnt bei etwa 60 Jahren) zu nahezu konstanten Jahrgangsstärken führt, ist eine Geburtenrate von etwa 2,1 Kindern pro Frau.

Generell erhält man damit folgende Fälle:

Geburtenrate unterhalb 2,1 Kinder pro Frau → Bevölkerung schrumpft

Geburtenrate nahe 2,1 Kinder pro Frau → Bevölkerung bleibt nahezu konstant

Geburtenrate oberhalb 2,1 Kinder pro Frau → Bevölkerung wächst

Natürlich haben neben Geburten und Todesfällen auch Zuzug und Wegzug Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung. Dabei ist aber anzumerken, dass zum Ausgleich von 1.000 nicht geborenen Kindern etwa 1.500 Personen im mittleren Alter von 30 Jahren aus dem Ausland zuziehen müssten um denselben Bevölkerungseffekt zu erreichen. Dies liegt einfach daran, dass ein neugeborenes Kind eine Lebenserwartung von

ca. 75 Jahren hat, während der eingewanderte 30-Jährige nur noch rund 50 Jahre lebt. Außerdem führt Zuwanderung als Ausgleich für mangelnde Geburten immer zu einer Erhöhung des Durchschnittsalters.

Bei einer Geburtenrate von 1,37 Kindern pro Frau, wie sie in Deutschland vorliegt, nimmt die Bevölkerung innerhalb einer Generation, d.h. innerhalb von 30

Jahren, um 34% ab. Das bedeutet, dass die Geburtenzahlen im Mittel um 1,4% pro Jahr zurückgehen. Dies führt mittelfristig auch zu einem Rückgang der Gesamtbevölkerung von 1,4% pro Jahr.

Zum Vergleich, die Bevölkerung Frankreichs hat eine Geburtenrate von 1,71 Kindern pro Frau und sinkt deshalb mit einer mittleren jährlichen Rate von nur 0,65%.

Die nachfolgende Tabelle zeigt wie sich die Geburtenrate auf die Veränderung der Stärke der nachfolgenden Generation (nach 30 Jahren) und die jährlich Änderung der Gesamtbevölkerung auswirkt:

Bevölkerung und Gebiet	Geburtenrate Kinder/Frau	Änderung der jungen Generation nach 30 Jahre	Langfristige jährliche Änderung der Gesamt- bevölkerung
Bevölkerung in neuen Bundesländer	1,04	- 50%	- 2,26%
Bevölkerung in alten Bundesländer	1,44	- 31%	- 1,21%
Bevölkerung in Deutschland	1,37	- 34%	- 1,38%
Deutsches Bevölkerung (lt. BMI)	1,35	- 35%	- 1,42%
Ausländische Bevölkerung (lt. BMI) (ohne Zuwanderung)	1,50	- 28%	- 1,08%
Bevölkerung in Frankreich (z. Vergleich)	1,71	-18%	-0,65%

3. Geburtenraten in Deutschland

Laut statistischen Jahrbuch 1999 (Tabelle 3.28 auf S. 71) betrug im Jahre 1997 die Geburtenrate in Deutschland 1,368 Kinder pro Frau. Sie ist zudem in den westlichen und östlich Bundesländern deutlich unterschiedlich:

Mittlere Geburtenrate in Deutschland:	1,368 Kinder pro Frau
Geburtenrate in westlichen Bundesländern:	1,439 Kinder pro Frau
Geburtenrate in östlichen Bundesländern:	1,039 Kinder pro Frau

Im Jahre 1997 wurden in Deutschland insgesamt 812.173 Kinder geboren. Diese Geburten verteilen sich auf folgende Kombinationen von Elternteilen (Statistisches Jahrbuch 1999, S. 71, Tabelle 3.29):

Ehelich geborene Kinder:	Beide Eltern Deutsche	514.864
	Mutter Ausländerin -- Vater Deutscher	29.438
	Mutter Deutsche – Vater Ausländer	28.246
	Beide Eltern Ausländer	93.792
Unehelich geborene Kinder:	Mutter Deutsche	132.443
	Mutter Ausländerin	13.390
Geburten im Jahre 1997 insgesamt		812.173
<i>Zum Vergleich: die am 18.7.2000 publ. Daten des Stat. Bundesamtes für 1999</i>		<i>Geburten im Jahre 1999 insgesamt (Abnahme um 5% gegenüber 1997, in 2 Jahren !)</i> 770.000

Insgesamt lebten im Jahr 1997 laut SJB 1999 etwa 3,289 Millionen Ausländerinnen in Deutschland

Bei insgesamt 42,055 Millionen Frauen entspricht dies 7,82% aller Frauen.
Diese sind verantwortlich für 136.620 Geburten, d.h. 16,82% aller Geburten.

Daraus folgt: Die in Deutschland lebenden Ausländerinnen bekommen im Mittel 2,38 mal mehr Kinder als die deutschen Frauen. Nach Aussage des Bundesministeriums des Innern ist dies aber nicht mit einer entsprechend höheren Fertilität der Ausländerinnen gleichzusetzen, sondern liegt an der Altersverteilung der Ausländerinnen. Diese haben einen wesentlich größeren Anteil von Frauen im Altersbereich von 20 bis 40 Jahren, der für Geburten besonders wichtig ist.

Laut Bundesminister des Innern haben die Fertilitäten folgende Werte:

Mittlere Fertilität der Deutschen beträgt 1,35 Kinder / Frau
Mittlere Fertilität der Ausländerinnen beträgt 1,50 Kinder / Frau

Unsere ausländischen Mitbürger passen sich offenbar sehr schnell dem Reproduktionsverhalten der deutschen Bevölkerung an.

**Die junge Bevölkerung in Deutschland schrumpft alle 30 Jahre um 34% bzw. jährlich um 1,38%.
Die junge deutsche Bevölkerung schrumpft alle 30 Jahre sogar um 35% bzw. jährlich um 1,42%.
Die junge ausländische Bevölkerung schrumpft ohne Zuwanderung alle 30 Jahre um 28% bzw. jährlich um 1,08%.**

Das Bundesministerium des Innern veröffentlichte 3 Modellrechnungen mit Zuwanderung von

A: 100.000 Ausländern pro Jahr: Wachstum in 30 Jahren um ca. 10% bzw. jährlich um 0,3%

B: 200.000 Ausländern pro Jahr: Wachstum in 30 Jahren um ca. 60% bzw. jährlich um 1,6%

C: 300.000 Ausländern pro Jahr: Wachstum in 30 Jahren um ca. 130% bzw. jährlich um 2,9%

Szenarium A ist sicher vermittelbar, die Szenarien B und C führen m. E. zu sozialen Konflikten!

4. Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland am 31.12.1997

In Abb. 1 ist der Altersaufbau der Bevölkerung zum 31.12.1997 dargestellt, ausgehend von den Daten in Tabelle 3.11 des SJB-1999 (S. 60). Dies sind die neuesten veröffentlichten Daten, die zurzeit vorliegen.

Gefallenen des 2. Weltkrieges stark reduziert.

In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg ist die starke Zunahme der Geburtenzahlen in den ersten 20 Jahren besonders auffallend, was sich in der Zunahme der Jahr-

Die Zeiten großer Geburtenzahlen wurden beendet durch die Einführung und Verbreitung der Antibabypille, die ab 1965 zu einem drastischen Rückgang der Geburtenzahlen führte, was heute allgemein als „Pillenknicke“ bekannt ist. Bemerkenswert ist dabei, dass der Pillenknicke aber nur zu einer Abnahme der Geburtenrate von etwa 3 auf 2 führte, was immer noch zu einer stationären Reproduktion der Bevölkerung ausgereicht hätte. Dies erkennt man daraus, dass es 1997 noch fast genauso viele 20-Jährige wie 50-Jährige gab, d.h. die Kindergeneration war 1977, nach dem Pillenknicke, noch so groß wie die Elterngeneration.

Bei Betrachtung von Abb. 1 stellt man fest, dass in den letzten 25 Jahren nach dem Pillenknicke nahezu konstante Jahrgangsstärken erreicht wurden, was dem anzustrebenden Zustand einer stationären Bevölkerungsentwicklung mit konstanten Jahrgangsstärken nahezukommen scheint.

Bei genauerer Betrachtung erkennt man allerdings, dass die nahezu konstanten Geburtenzahlen der letzten 25 Jahre zustande kamen, obwohl die Zahl der potentiellen Eltern in dieser Zeit um etwa 40% zugenommen hat. Dies zeigt sich in Abb. 1 in der Zunahme der Jahrgangsstärken von den 1997 50-Jährigen zu den 30-Jährigen.

Zusammenfassend bedeutet dies: Durch den Pillenknicke ging die Geburtenrate von etwa 3 auf 2 zurück. Danach verringerte sich die Geburtenrate kontinuierlich weiter auf den heutigen Wert von im Mittel 1,37 Kindern pro Frau. Dies hatte im Zusammenwirken mit den ansteigenden Jahrgangsstärken der vor dem Pillenknicke geborenen potenziellen Eltern in den letzten 25 Jahren zu nahezu konstanten Geburtenzahlen geführt.

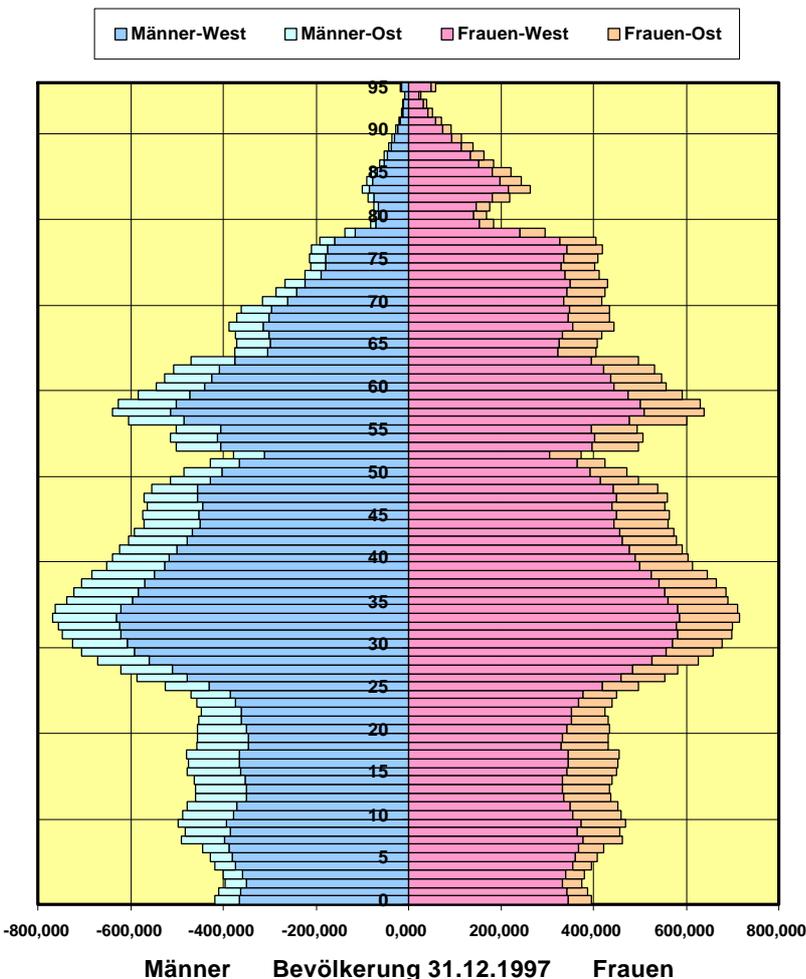


Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland am 31.12.1997. Die langen Balken entsprechen den Jahrgangsstärken der Männer und Frauen in den West-Bundesländern. Die kurzen Balken entsprechen den Jahrgangsstärken in den Ost-Bundesländern.

Der Bevölkerungsaufbau spiegelt die dramatischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts wider. Deutlich ist der Geburtenausfall während des 1. Weltkrieges (79- bis 83-Jährige), während der Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren (64- bis 70-Jährige) und während des 2. Weltkrieges (52- bis 56-Jährige) zu erkennen. Ferner sind insbesondere die Männerjahrgänge der über 70-Jährigen durch die

Jahrgangsstärken der 52- bis 33-Jährigen äußert. In dieser Zeit betrug die Geburtenrate nahezu 3 Kinder pro Frau, wodurch sich das damalige starke Bevölkerungswachstum erklärt. Ursache hierfür war sicherlich eine allgemeine positive Grundstimmung, die aus der Aufbruchsstimmung nach Beendigung der Kriegshandlungen und dem unerwartet starken Wirtschaftswachstum erwuchs.

Bemerkenswert ist in Abb. 1 weiterhin die deutliche Abnahme der Geburtenzahlen in den östlichen Bundesländern mit der Wiedervereinigung. Während die Geburtenraten in der ehemaligen DDR bei etwa 2 Kindern pro Frau lag, ist von 1990 auf 1991 mit der

Wiedervereinigung eine Halbierung der Geburtenrate auf 1 Kind pro Frau aufgetreten, die in den letzten zehn Jahren nahe 1 verharrte und nur marginal wieder zugenommen hat.

Dieses Verhalten der Bevölkerung in den neuen Bundesländern de-

monstriert in überzeugender Weise den großen Einfluss äußerer Umstände wie finanzielle und soziale Sicherheit, Betreuungsangebote und Lebenszuversicht auf das Reproduktionsverhalten.

5. Berechnung des zukünftigen Altersaufbaus der Bevölkerung

Die Berechnung des zukünftigen Altersaufbaus der Bevölkerung ist sehr einfach wenn man die Geburtenraten der Altersjahrgänge

der Frauen und die Sterberaten der Männer und Frauen kennt. Auch diese Informationen sind im Statistischen Jahrbuch 1997 ta-

bellarisch enthalten und nachfolgend graphisch dargestellt:

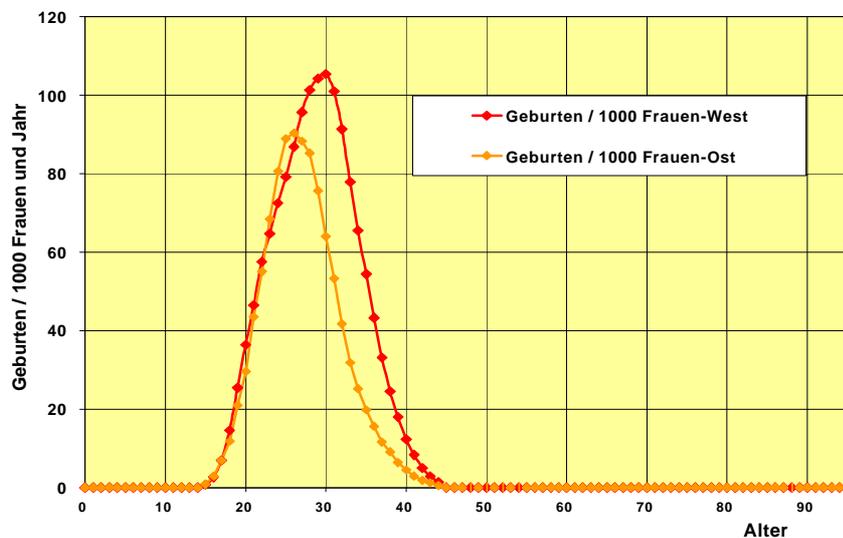


Abb. 2: Geburten pro 1000 Frauen und Jahr. In den östlichen Bundesländern ist das Alter der Mütter $27 (\pm 12)$ Jahre mit einer Gesamtgeburtenrate von 1,04 Kindern pro Frau. In den westlichen Bundesländern ist das mittlere Alter der Mütter $29 (\pm 14)$ Jahre mit einer Gesamtgeburtenrate von 1,44 Kindern pro Frau.

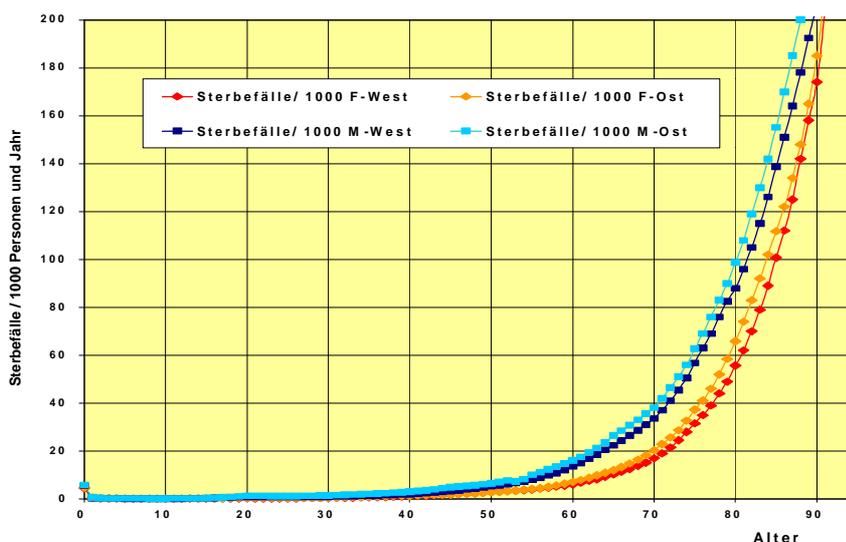


Abb. 3: Sterberate pro 1000 Personen und Jahr. Deutlich ist zu erkennen, dass Männer eine höhere Sterbewahrscheinlichkeit haben als Frauen. Außerdem ist die Sterberate in den östlichen Bundesländern etwas höher als in den westlichen.

Aus diesen Größen kann man leicht die zukünftige Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung wie folgt berechnen.

Aus dem Statistischen Jahrbuch liegt vor:

<p>Geburtenrate G_N = Anzahl der Geburten pro 1000 Frauen im Alter zwischen N und N+1 Jahren</p> <p>Sterberate Männer SM_N = Anzahl der Sterbefälle pro 1000 Männer im Alter zwischen N und N+1 Jahren</p> <p>Sterberate Frauen SF_N = Anzahl der Sterbefälle pro 1000 Frauen im Alter zwischen N und N+1 Jahren</p>

Daraus berechnet man für das Folgejahr (Index F) aus dem Vorjahr (Index V):

<p>Anzahl der Männer $ZM_{N,F} = ZM_{N-1,V} (1 - SM_N / 1000)$ für $N \geq 1$ und $ZM_{0,F} = \sum G_{N,V} / 1000 * ZF_N * (106 / 206)$ für $N = 0$</p> <p>Anzahl der Frauen $ZF_{N,F} = ZF_{N-1,V} (1 - SF_N / 1000)$ für $N \geq 1$ und $ZF_{0,F} = \sum G_{N,V} / 1000 * ZF_N * (100 / 206)$ für $N = 0$</p>

Diese Berechnungen wurden bis zum Jahr 2050 für zwei Varianten durchgeführt:

- Variante 1:** Die Geburtenraten bleiben konstant bei dem heutigen Wert von 1,44 Kindern pro Frau für Westdeutschland und 1,04 Kindern pro Frau für Ostdeutschland.
- Variante 2:** Die Geburtenrate erhöht sich in beiden Teilen Deutschlands innerhalb der nächsten 10 Jahre allmählich auf einen Wert von 2,06 Kindern pro Frau.

Die Sterbewahrscheinlichkeiten wurden nicht verändert, in beiden Rechnungen wurden die im Statistischen Jahrbuch für 1997 veröffentlichten Werte verwendet. Dabei ist anzumerken, dass zurzeit die mittlere Lebenserwartung etwa um 1 Jahr pro Jahrzehnt zunimmt. Demzufolge muss man davon ausgehen, dass bis zum Jahr 2050 die Jahrgangsstärken der älteren Menschen größer sein werden, als in den Rechnungen ausgewiesen. Da der Bevölkerungsanteil oberhalb 60 Jahren keinen Beitrag zum Reproduktionsverhalten liefert, werden die Berechnungen hiervon nicht nennenswert beeinflusst.

Auch eine Zuwanderung aus dem Ausland wurde in diesen Modellrechnungen nicht berücksichtigt.

Vergleich mit Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesinnenministeriums:

Inzwischen liegen Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vor, die am 18.7.2000 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden (pdf-files zum downloaden im Internet unter www.statistik-bund.de). Diese ebenfalls in 2 Varianten durchgeführten und bis zum Jahr 2050 reichenden Berechnungen gehen davon aus, dass die Geburtenraten in Westdeutschland auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau verbleiben und die Geburtenraten in Ostdeutschland sich im Verlauf weniger Jahre dem West-Niveau angleichen. Dadurch ergibt sich gegenüber meiner Variante 1 bis 2050 ein Bevölkerungszuwachs von etwa 2 Millionen.

Im Unterschied zu meinen Berechnungen berücksichtigt das Statistische Bundesamt in Variante SB-1 eine Zuwanderung von

100.000 Personen aus dem Ausland und in Variante SB-2 eine Zuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr. Da diese Zuwanderungen bis 2050 einem Zuzug von 5 Millionen bzw. 10 Millionen Personen entsprechen, ergeben die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für 2050 Bevölkerungszahlen, die um etwa 7 Millionen bzw. 12 Millionen höher liegen als in meiner Berechnung nach Variante 1. Das ergibt aber immer noch einen Bevölkerungsrückgang um 17 bzw. 12 Millionen auf 65 bzw. 70 Millionen.

Des weiteren hat das Bundesministerium des Innern Modellrechnungen in vier Varianten veröffentlicht, die ebenfalls von einer starken Zuwanderung von Ausländern und großen Einbürgerungszahlen ausgehen (siehe Kapitel 14).

5.1. **Variante 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland bei Beibehaltung der gegenwärtigen Geburtenrate von 1,44 Kindern pro Frau in den West- und 1,04 Kindern pro Frau in den Ost-Bundesländern am Beispiel der Jahre 2010, 2020, 2035 und 2050 (kurze Balken: Anteil der Ost-Bundesländer)**

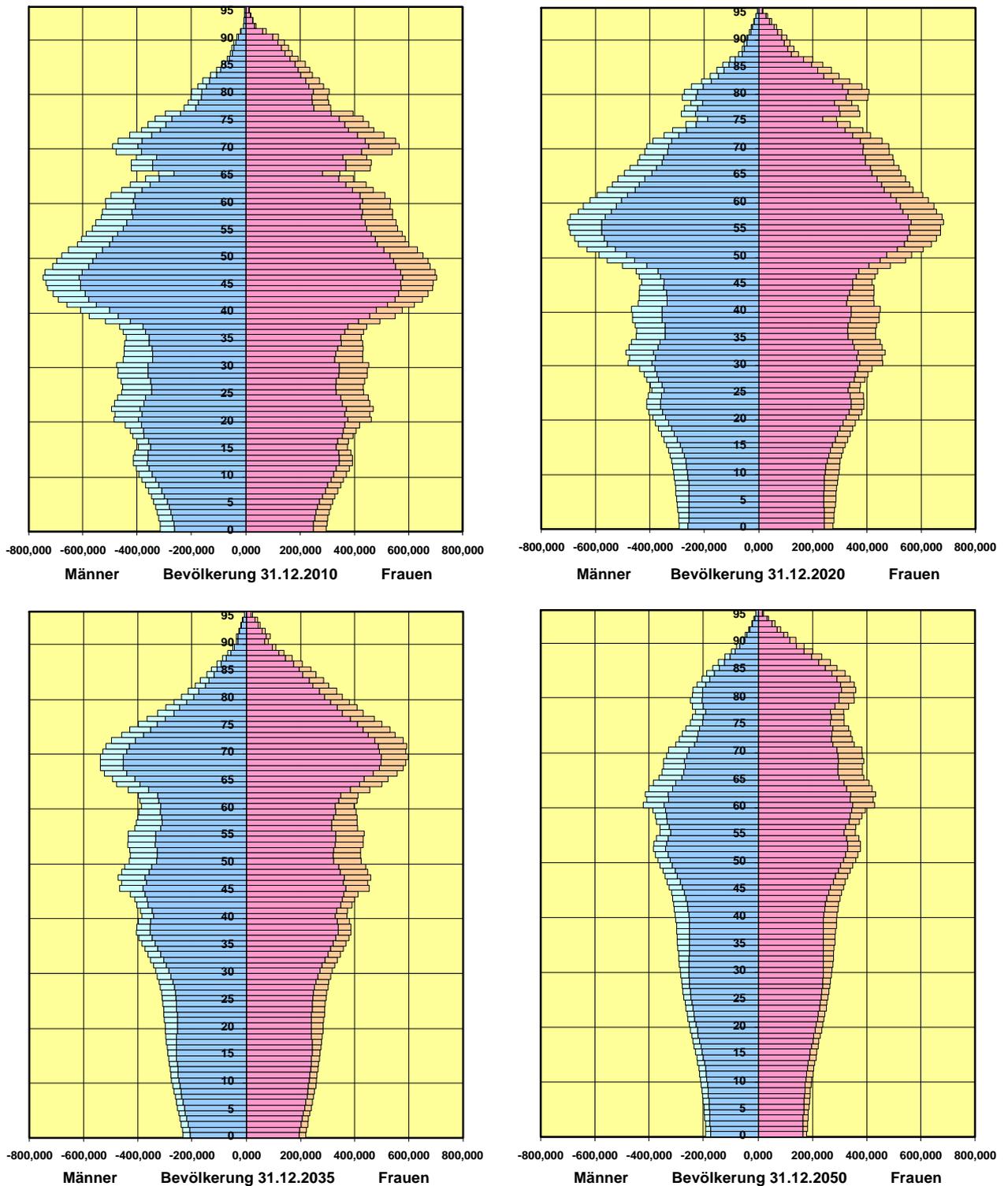


Abb. 4: Entwicklung des Bevölkerungsaufbaus in Deutschland, bei Beibehaltung der gegenwärtigen Geburtenrate von 1,44 Kindern pro Frau in Westdeutschland und 1,04 Kindern pro Frau in Ostdeutschland. Es ergibt sich eine dramatisch schrumpfende Bevölkerung mit ständig überproportional vielen alten Menschen und einer ständig sich verkleinernden jungen Generation. Besonders auffallend ist die Entvölkerung Ostdeutschlands.

5.2. **Variante 2: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland bei Erhöhung der Geburtenrate auf 2,06 Kinder pro Frau innerhalb der nächsten 10 Jahre am Beispiel der Jahre 2010, 2020, 2035 und 2050 (kurze Balken: Anteil der Ost-Bundesländer)**

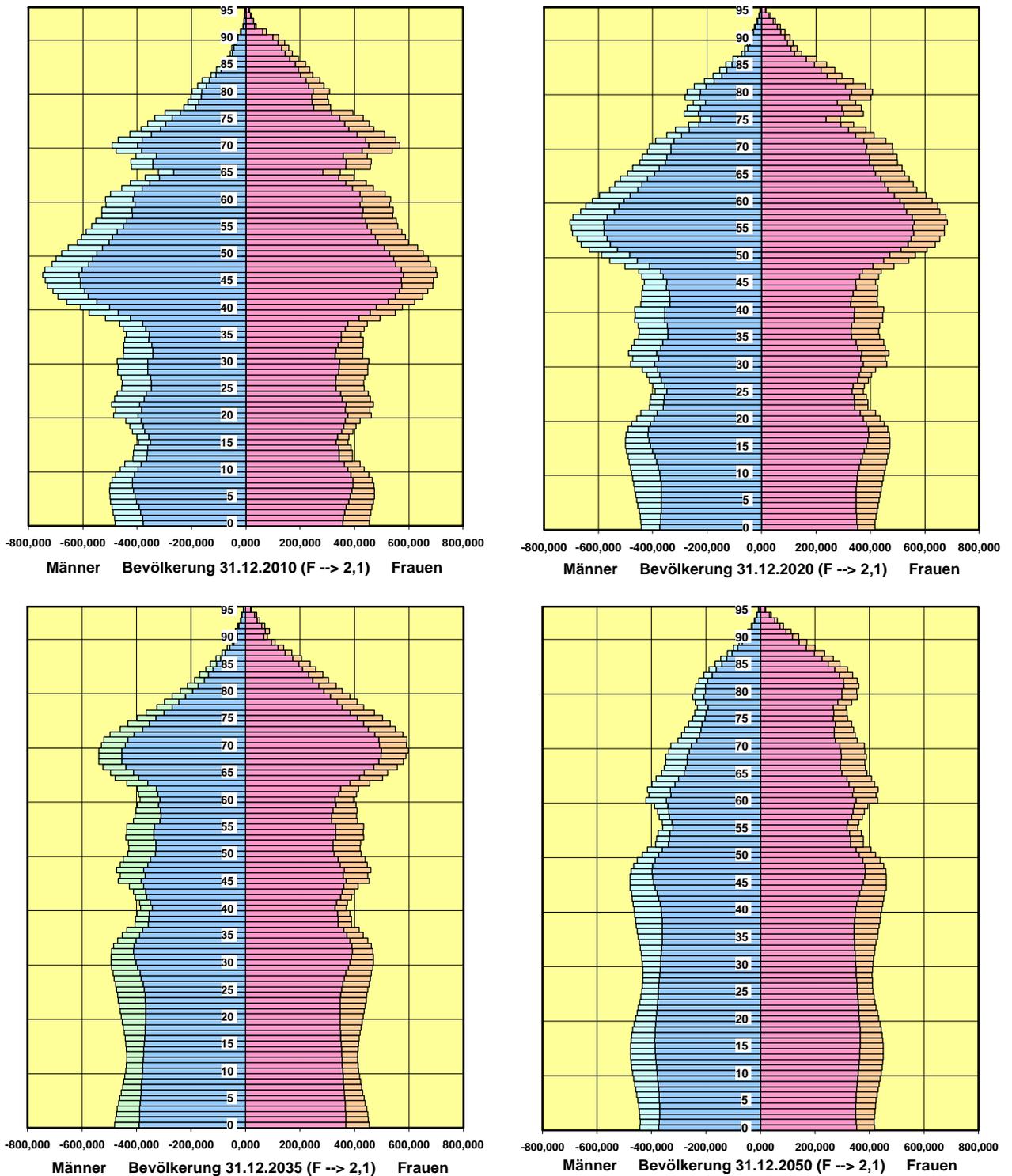


Abb. 5: Entwicklung des Bevölkerungsaufbaus in Deutschland, wenn es gelingt in den nächsten 10 Jahren die Geburtenrate in West- und Ostdeutschland auf durchschnittlich 2,06 Kinder pro Frau zu erhöhen. Es ergibt sich langfristig eine nahezu stationäre, tragfähige Altersstruktur.

5.3. Ergebnis der Berechnung nach Variante 1 (Geburtenraten West 1,44, Ost 1,04)

Die Berechnung des Altersaufbaus zeigt bereits für das Jahr 2010 eine Abnahme der Geburtenzahlen um etwa ein Viertel. Die Ursache hierfür ist, dass sich in den nächsten 10 Jahren die Altersgruppe der 20 bis 40-jährigen Frauen, die die potenziellen Mütter sind, aus dem Peak vor dem Pillenknick in den Bereich schwächerer Jahrgangsstärken nach dem Pillenknick verschiebt.

In den darauffolgenden 10 Jahren bleiben diese Frauenzahlen nahezu konstant und die Geburtenzahlen gehen „nur noch“ aufgrund der geringen Geburtenraten im Mittel um 1,4% pro Jahr zurück. Dies zeigt der Altersaufbau der Bevölkerung im Jahr 2020.

Für die nachfolgenden Jahre spielen die alten Jahrgänge ober-

halb des Pillenknicks keine Rolle mehr in der Reproduktion. Demzufolge zeigt die Entwicklung einen relativ glatten Verlauf und die kontinuierliche Abnahme der Jahrgangsstärken um 1,4% pro Jahr aufgrund der zu kleinen Geburtenraten tritt klar hervor. Im Jahr 2035 sind auch die Auswirkungen des 2. Weltkrieges aus dem Altersaufbau der Bevölkerung verschwunden, allein der Pillenknick ist im Bereich der 60- bis 70-Jährigen noch als markante Struktur zu erkennen.

Im Jahr 2050 ist auch der Pillenknick fast verschwunden und die Form der Altersstruktur für eine Geburtenrate von im Mittel 1,37 Kindern pro Frau bildet sich deutlich aus. Der Altersaufbau ist keulenförmig mit großen Jahr-

gangsstärken alter Menschen und geringen Jahrgangsstärken junger Menschen.

Wichtig ist es zu erkennen, dass diese invertierte Form einer Bevölkerungspyramide auch für spätere Zeiten beibehalten wird, sie wird nur ständig schlanker, da alle Jahrgangsstärken jedes Jahr im Mittel um 1,4% abnehmen.

Bemerkenswert ist schließlich, dass Ostdeutschland bei Beibehaltung der gegenwärtigen Geburtenrate von 1,04 Kindern pro Frau im Jahr 2050 nahezu entvölkert sein wird. Insbesondere sind die Jahrgangsstärken der unter 30-Jährigen besonders dezimiert.

5.4. Ergebnis der Berechnung nach Variante 2 (Geburtenraten steigen auf 2,06)

Dieser Berechnung liegt die Annahme zugrunde, dass es gelingt, im Laufe der nächsten zehn Jahre in beiden Teilen Deutschlands eine allmähliche Erhöhung der Geburtenrate auf den Wert 2,06 Kinder pro Frau zu erreichen.

In diesem Fall zeigt bereits der Altersaufbau im Jahr 2010 eine Erholung der gegenwärtigen Geburtenzahlen auf den Mittelwert der letzten 25 Jahre.

In den nachfolgenden Jahren werden diese nahezu konstanten

Geburtenzahlen beibehalten, so dass der säulenartige Teil des Altersaufbaus zunimmt, wie die Berechnungen für 2020 und 2035 zeigen. Im Jahr 2050 sind alle markanten Strukturen des gegenwärtigen Altersaufbaus nahezu verschwunden und die Altersstruktur nimmt ihre für diese Bedingungen normale Form an. Klar ist zu erkennen, dass der Altersaufbau aus nahezu konstanten Jahrgangsstärken besteht, bis oberhalb eines Alters von 60 Jahren die Sterberaten zu einer

merklichen Abnahme der Jahrgangsstärken führen.

Bemerkenswert ist, dass es möglich ist, diesen sehr vernünftigen und wirtschaftlich tragfähigen Altersaufbau der Bevölkerung mit konstanten Jahrgangsstärken zu erreichen, wenn jetzt gehandelt wird und durch Förderung von Kindern und Familien eine Erhöhung der Geburtenraten auf etwa 2 Kindern pro Frau in den nächsten 10 Jahren erreicht wird.

6. Entwicklung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern

Besonders gravierend ist die ungenügende Geburtenrate von nur 1,04 Kindern pro Frau in den neuen Bundesländern. Der nachfolgend in Abb. 6 dargestellte Altersaufbau der Bevölkerung in Ostdeutschland zeigt den dramatischen Einbruch der Geburtenzahlen durch die Wiedervereinigung im Jahre 1990.

Bei einer Geburtenrate von 1,04 halbiert sich der junge Bevölkerungsanteil innerhalb einer Generation. Dies sind im Westen 30 Jahre, in Ostdeutschland sogar nur 28 Jahre, da die Mütter dort

ein niedrigeres Durchschnittsalter bei der Geburt ihrer Kinder haben. Demzufolge würde in 56 Jahren nur noch ein Viertel der Geburtenzahlen von 1997 erreicht werden. Ostdeutschland hätte dann eine Gesamtbevölkerung von ca. 7,5 Millionen überwiegend alter Menschen und wäre damit weitgehend entvölkert. Aber bereits jetzt sind in Ostdeutschland 10 Geburtsjahrgänge in ihren Jahrgangsstärken halbiert. Selbst wenn es gelingen sollte im Laufe der nächsten 10 Jahre die Geburtenrate in Ostdeutschland auf 2 Kinder pro Frau zu bringen, was aus heutiger

Sicht als extrem optimistische Prognose erscheint, wird der durch die Wiedervereinigung bedingte dramatische Einbruch der Geburtenzahlen noch über viele Generationen im Altersaufbau der ostdeutschen Bevölkerung nachwirken. Die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland sind wesentlich gravierender als die Geburtenausfälle während des Zweiten Weltkriegs oder durch Einführung der Antibabypille.

6.1. Gegenwärtiger Altersaufbau der Bevölkerung in den neuen Bundesländern

Ein Ausgleich der schrumpfenden Bevölkerung durch Zuzug von Ausländern ist im Osten noch weit problematischer als im Westen, da dort heute trotz eines Auslän-

deranteils von nur 2% bereits große Ablehnung existiert.

Trotz des wirtschaftlichen Erfolgs der Wiedervereinigung

und der dadurch erreichten Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, müssen ihre Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland schlicht als katastrophal bezeichnet werden.

Der Einsatz von rund 1,5 Billionen DM im Laufe von 10 Jahren hat in den neuen Bundesländern eine moderne Infrastruktur geschaffen, aber gleichzeitig bewirkt, dass etwa 1 Million Kinder, die unter DDR-Verhältnissen geboren worden wären, nicht geboren wurden.

Dennoch wurde diese wichtigste Problematik der Ost-Bundesländer in der ausführlichen Berichterstattung der Medien über die Entwicklung der neuen Bundesländer anlässlich des 10. Jahrestages der Wiedervereinigung mit keinem Wort erwähnt.

Es ist offensichtlich, dass es wesentlich sinnvoller gewesen wäre, jedes neugeborene Kind mit DM 100.000 zu fördern, was bei dann 200.000 Kindern pro Jahr über 10 Jahre hinweg insgesamt ca. 100 Mrd. DM netto gekostet hätte (siehe Kap. 15). Die verbleibenden 1.400 Mrd. DM hätten für den materiellen Aufbau völlig ausgereicht.

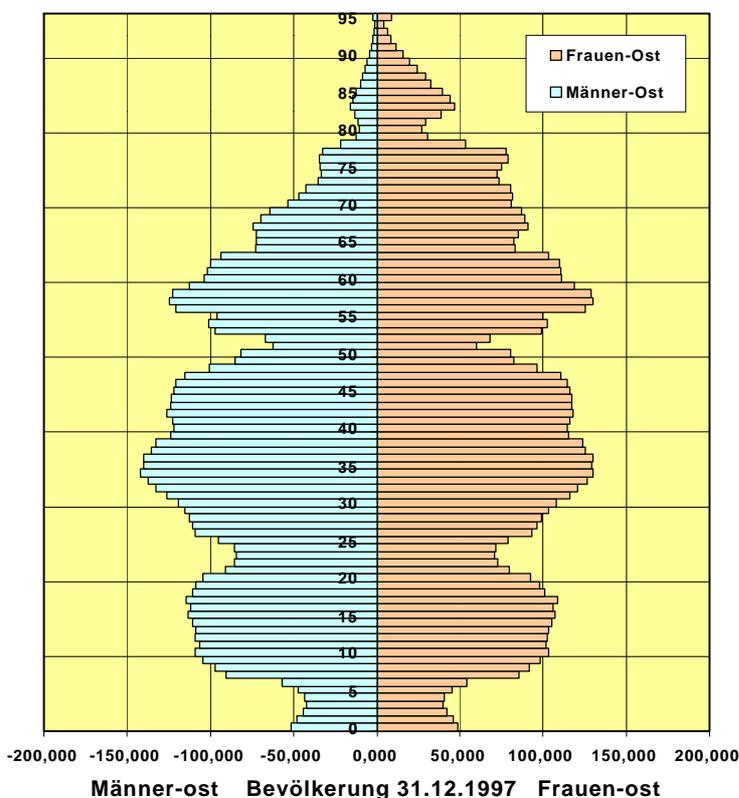


Abb. 6: Altersaufbau der Bevölkerung in den östlichen Bundesländern. Wenn es nicht gelingt, den durch die Wiedervereinigung hervorgerufenen Einbruch bei den Geburtenzahlen in kurzer Zeit auszugleichen, wird Ostdeutschland weitgehend entvölkert werden.

6.2. Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung in den neuen Bundesländern

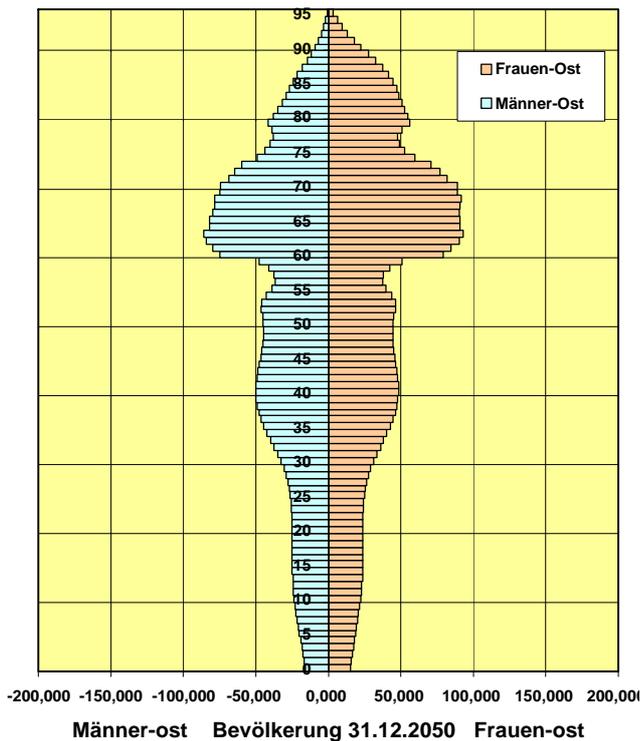


Abb. 7: Variante 1: Altersaufbau der Bevölkerung in den östlichen Bundesländern im Jahre 2050 bei Beibehaltung der gegenwärtigen Geburtenrate von 1,04 Kindern pro Frau. Wenn es nicht gelingt, den durch die Wiedervereinigung hervorgerufenen Einbruch der Geburtenzahlen in kurzer Zeit auszugleichen, wird Ostdeutschland weitgehend entvölkert werden. **Ostdeutsche Bevölkerung in 2050: 7,65 Millionen**

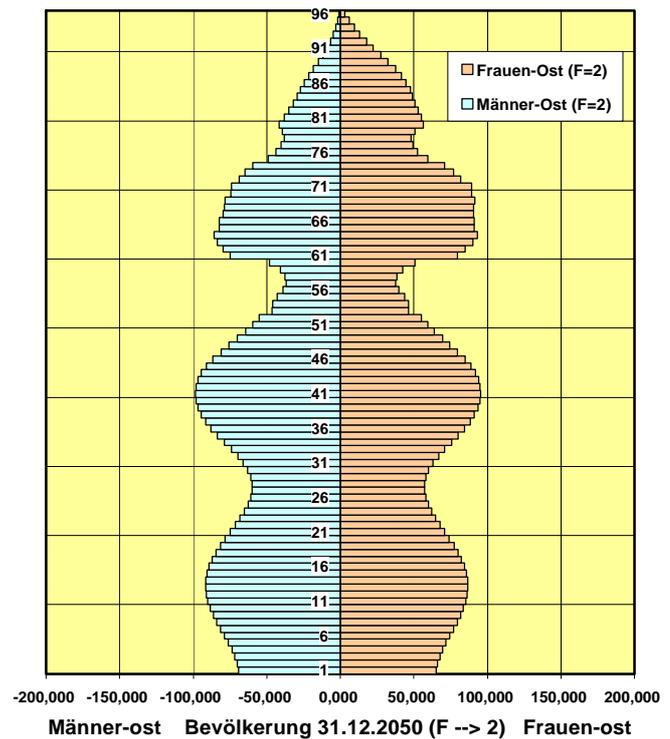


Abb. 8: Variante 2: Altersaufbau der Bevölkerung in den östlichen Bundesländern im Jahre 2050 bei Erhöhung der Geburtenrate auf 2,06 Kinder pro Frau in den nächsten 10 Jahre. Selbst wenn diese Zunahme gelingt, sind die Einbrüche in den Geburtenzahlen noch über mehrere Generationen deutlich bemerkbar. Sie werden jedoch zunehmend flacher. **Ostdeutsche Bevölkerung in 2050: 12,37 Millionen**

Die vorstehenden Diagramme zeigen die Ergebnisse der Prognoserechnungen für die Bevölkerung in den neuen Bundesländern. Die dramatischen Folgen der geringen Geburtenraten sind offenkundig.

Wenn die Geburtenrate auf dem extrem niedrigen Wert von 1,04 Kindern pro Frau verbleibt (siehe Abb. 7) wird Ostdeutschland im Jahre 2050 weitgehend entvölkert sein.

Die ostdeutsche Gesamtbevölkerung sinkt dann von heute 15,37 Millionen ab auf 7,65 Millionen Menschen. Zudem wird der Hauptteil dieser Menschen über 60 Jahre alt sein.

Langfristig kann man wohl davon ausgehen, dass sich die Geburtenraten in den östlichen Bun-

desländern denjenigen in den westlichen annähern werden. Das Bundesministerium des Innern nimmt an, dass bereits im Jahr 2005 eine völlige Angleichung eintreten würde, was allerdings als zu optimistisch anzusehen ist. Dazu sei angemerkt: dass es auch zwischen den alten Bundesländern deutliche Unterschiede in den Geburtenraten gibt. So haben Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sogar noch immer einen Geburtenüberschuss. Man muss deshalb wohl davon ausgehen, dass die neuen Bundesländer noch für viele Jahre hinsichtlich der Geburtenraten zurück bleiben werden. Wobei es allerdings schwierig ist, dies zuverlässig abzuschätzen. Es ist sicher kein Zufall, dass gerade die Bundesländer mit den höchsten

Geburtenraten auch wirtschaftlich am erfolgreichsten sind.

Selbst wenn es gelingt, durch massive Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern die Geburtenrate auf 2,1 Kinder pro Frau anzuheben (siehe Abb. 8), wird der dramatische Geburten-einbruch nach der Wiedervereinigung noch über mehrere Generationen hinweg deutlich sichtbar bleiben.

Auch in diesem Fall geht die ostdeutsche Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf 12,37 Millionen Menschen zurück. Allerdings ist dann kein solches Übergewicht der alten Menschen mehr vorhanden wie heute. Wichtig ist jedoch zu erkennen, dass schnellstens gehandelt werden muss.

7. Entwicklung der Bevölkerungsanteile bis 2050 für beide Varianten

Die nachfolgend gezeigten Abbildungen 9 und 10 stellen dar, wie sich die drei Bevölkerungsanteile der jungen Generation (0- bis 20-Jährige), der Leistungsträger (21- bis 60-Jährige) und der älteren Menschen (61 Jahre und älter) für die beiden berechneten Varianten bis zum Jahr 2050 entwickeln.

Variante 1: Geburtenraten verbleiben bei West 1,44 und Ost 1,04 Kinder pro Frau (heutige Werte)

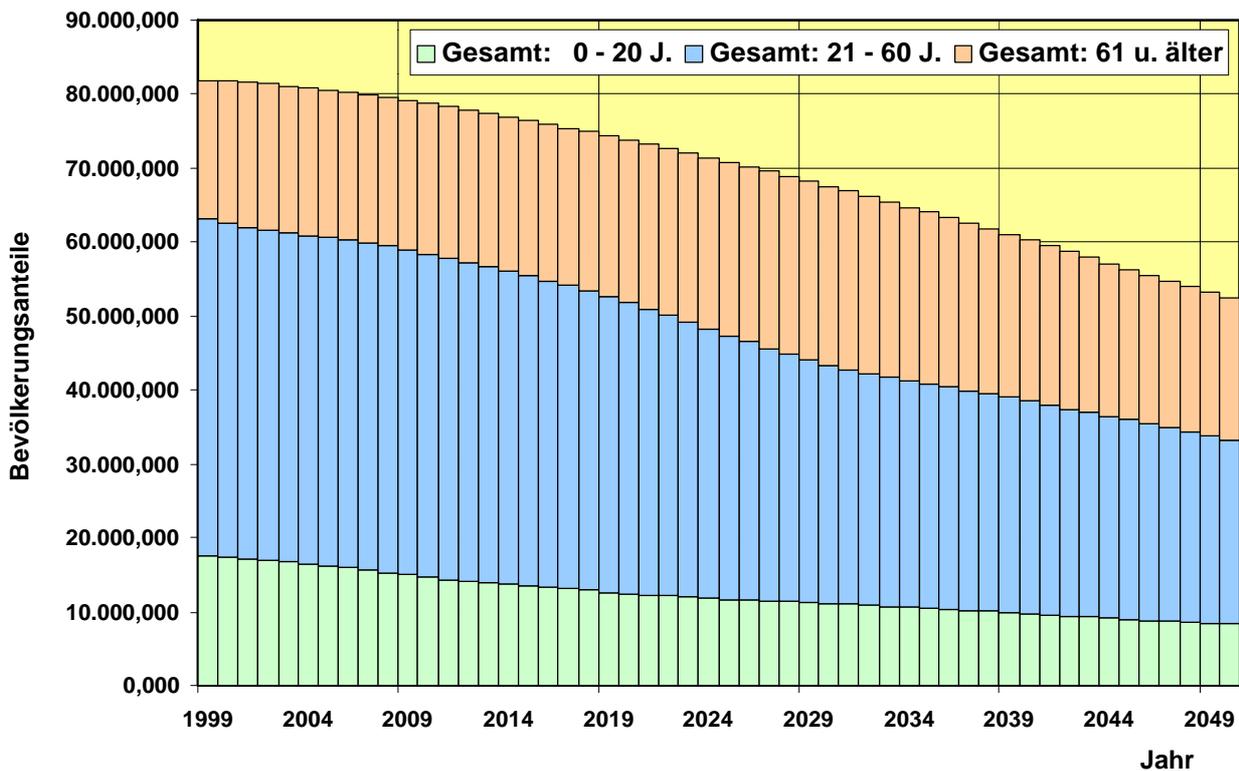


Abb. 9: Variante 1. Entwicklung der Bevölkerungsanteile 0 – 20 Jahre, 21 – 60 Jahre und über 60 Jahre bei Beibehaltung der gegenwärtigen Geburtenraten.

Im Falle der Variante 1 erkennt man, dass alle Bevölkerungsanteile schrumpfen. Dies beginnt zuerst und am stärksten bei den jungen, setzt sich mit 20 Jahren Verzögerung fort auf die Leistungsträger und erfasst nach 60 Jahren auch die alten Menschen. Schließlich ergibt sich, dass alle 3 Bevölkerungsanteile mit einer Rate von 1,4% pro Jahr abneh-

men. Das ist eine triviale Folge der schon früher gemachten Feststellung, dass schließlich alle Altersjahrgänge mit 1,4% pro Jahr abnehmen. In diesem Fall wird die Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf ca. 55 Millionen sinken.

Anzumerken ist, dass bei Geburtenraten unterhalb 2,1 Kindern pro Frau der Bevölkerungsanteil der älteren gegen-

über dem der jüngeren immer relativ größer ist als im Falle einer stationären Bevölkerungsentwicklung. Bezogen auf die Leistungsträger (21- bis 60-Jährige) gibt es dann stets zu viele alte und zu wenige junge Menschen. Dieses Missverhältnis bleibt erhalten.

Variante 2: Geburtenraten West und Ost steigen innerhalb von 10 Jahren auf 2,06 Kinder pro Frau

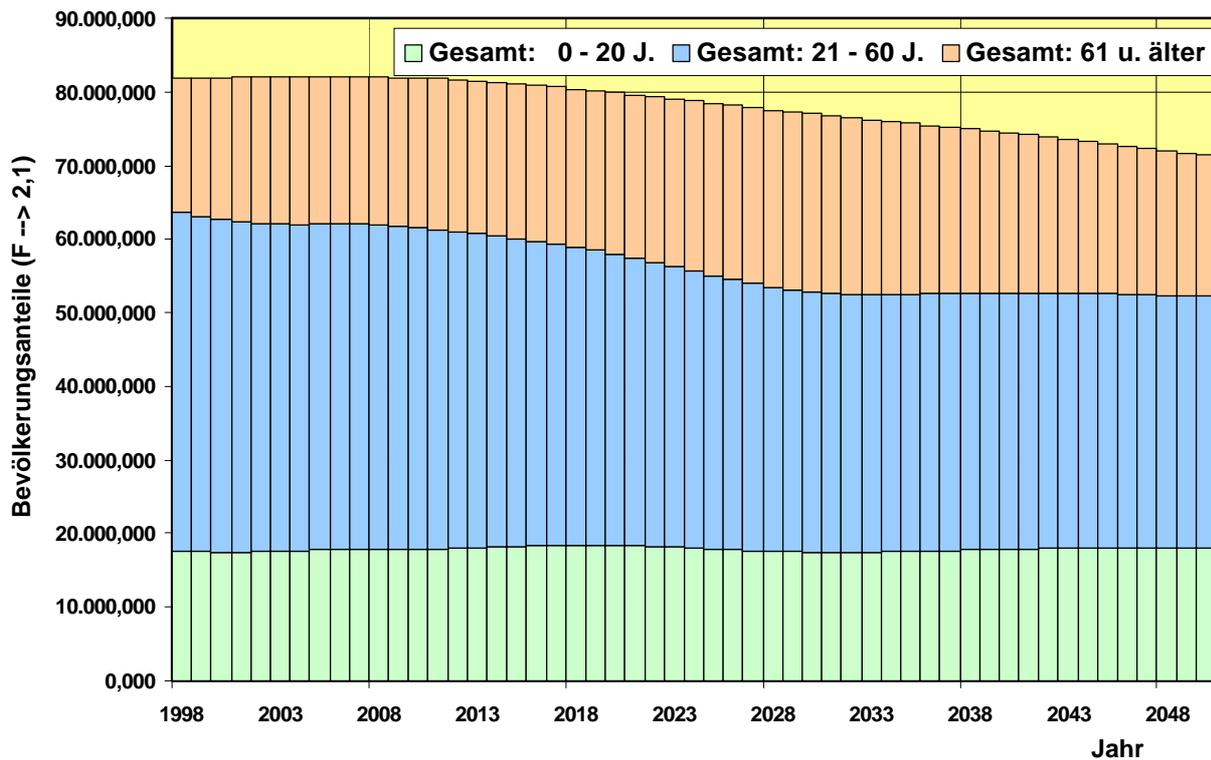


Abb. 10: Variante 2. Entwicklung der Bevölkerungsanteile 0 – 20 Jahre, 21 – 60 Jahre und 61 Jahre und älter im Falle der Erhöhung der Geburtenraten auf 2,06 in 10 Jahren.

Bei Erhöhung der Geburtenrate auf 2,06 wird der Anteil der 0- bis 20-Jährigen sofort stabilisiert. Nach 30 Jahren stabilisiert sich auch der Anteil der Leistungsträger (21- bis 60-Jährige) und nach weiteren 30 Jahren der Anteil der älteren Menschen. In diesem Fall sinkt die Gesamtbevölkerung bis 2050 auf ca. 70 Millionen und bleibt danach etwa konstant.

Es ist festzustellen, dass wir zurzeit und noch für die nächsten 10 Jahre ein besonders günstiges Verhältnis zwischen dem Anteil der Leistungsträger (21 bis 60 Jahre) und dem der jungen und alten Menschen (unter 20 Jahre

und über 60 Jahre alt) haben, da die besonders großen Jahrgänge vor dem Pillenknick noch im Bereich der Leistungsträger liegen.

Die große Belastung der Wirtschaft durch besonders viele alte Menschen tritt ein, wenn diese großen Jahrgänge in den Bereich der über 60-Jährigen gelangen. Dies beginnt etwa 2010, erreicht ein Maximum um 2030 und endet etwa 2055. Enden wird sie aber nur dann, wenn es uns gelingt einen stationären Bevölkerungsaufbau zu erreichen. Andernfalls wird der Anteil der Alten immer überproportional groß bleiben.

Wenn wir jetzt handeln würden, dann könnten die größten Belastungen um 2030 noch abgemildert werden, zumal das Wirtschaftswachstum deutlich zunehmen würde.

Schließlich sei noch angemerkt, dass die Anteile der alten Menschen (61 Jahre und älter) in beiden Varianten völlig identisch sind, da die im Jahr 2050 über 60 Jahre alten Menschen heute bereits 10 Jahre alt sind und von einer Änderung der Geburtenrate im Jahr 2000 nicht betroffen sind. Die Anzahl der alten Menschen würde sich erst ab dem Jahr 2060 ändern.

8. Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Rentenfinanzierung, Private Altersvorsorge und Pflegeversicherung

Eine Fortschreibung der Rentenfinanzierung in der gegenwärtigen Form ist wegen der dramatischen Verringerung der Jahrgangsstärken durch den Pillenknick und die nachfolgende weitere Abnahme der Geburtenrate nicht möglich.

Zu der Überforderung des arbeitenden Bevölkerungsanteils trägt bei:

- Die Zunahme des Lebensalters um ca. 1 Jahr pro Jahrzehnt
- Die Verringerung der Lebensarbeitszeit und der damit frühere Renteneintritt
- Die Verringerung der Jahrgangsstärken um 35% innerhalb einer Generation

In der intensiv geführten öffentlichen Diskussion um die Rentenfinanzierung werden jedoch nie die eigentlichen Ursachen der Finanzierungsprobleme, die zu geringen Geburtenzahlen diskutiert. Es wird statt dessen nur versucht, einen Weg zu finden, der die materielle Ausstattung der alten Menschen möglichst unbeschadet sicherstellt und die junge Generation scheinbar nichts oder wenig kostet.

Einen solchen Weg gibt es nicht, da letztendlich der gesamte Konsum der älteren und auch der jungen Menschen durch den arbeitenden Anteil der Bevölkerung erwirtschaftet werden muss.

Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, ob die Renten durch direkte Rentenbeiträge, durch zusätzliche Steuern (Ökosteuern) oder durch private Altersvorsorge finanziert werden.

Die Bundesregierungen der Jahre 1975 bis heute sind für die geringen Geburtenzahlen und damit für die Rentenprobleme verantwortlich, da sie mit ihren parlamentarischen Mehrheiten die laut Bundesverfassungsgericht ungenügende Kinder- und Familienförderung gesetzlich festgelegt haben.

8.1. Gesetzliche Rentenversicherung und Pensionszahlungen

Die Gesetzliche Rentenversicherung wird im Umlageverfahren finanziert. Die Beiträge der arbeitenden Bevölkerung werden nicht angelegt, sondern sofort ausgegeben, um die Rentenzahlungen an die alten Menschen zu bezah-

len. Demzufolge finanziert die gegenwärtig arbeitende Generation die Rente ihrer Elterngeneration. Dazu hat jeder beizutragen – denn schließlich hat jeder Mensch Eltern. Das bedeutet andererseits auch, dass die eingezahlten Bei-

träge zur Rentenversicherung nicht automatisch spätere Rentenzahlungen rechtfertigen, sondern es bedarf eben auch einer nachwachsenden Generation in ausreichender personeller Stärke.

Daraus ergeben sich folgende fundamentale Zusammenhänge:

Die Rentenfinanzierung basiert auf dem sogenannten „Generationenvertrag“

- Leistungen der arbeitenden Generation zum Generationenvertrag:
 1. Einzahlen von Beiträgen, Erwerb von zukünftigen Ansprüchen !
 2. Sicherstellen der nachfolgenden Generation !
- Leistungen der alten Generation zum Generationenvertrag:
 1. Haben früher in ihrer aktiven Zeit eingezahlt, erhalten im Alter Rente !
 2. Waren verantwortlich für Existenz der jetzt arbeitenden Generation !

Der Teil der Zukunftssicherung, der in der Sicherstellung der nachfolgenden Generation besteht, muss bei den Rentenberechnungen und auch bei den Pensionszahlungen stärker gewichtet werden!

Die Betreuungs- und Erziehungsarbeit und damit die Anzahl der Kinder muss direkt einen deutlichen Einfluss auf die Altersbezüge haben. Als Mindest-Kinderkomponente könnte man einführen:

- Wer 2 oder mehr Kinder aufgezogen hat, bekommt die volle Rente / Pension
- Wer 1 Kind aufgezogen hat, bekommt 90% Rente / Pension (10% Reduzierung)
- Wer kein Kind aufgezogen hat, bekommt 80% Rente / Pension (20% Reduzierung)

Hier wird bewusst vom Aufziehen von Kindern gesprochen, d.h. eigene Kinder und Adoptivkinder werden natürlich gleichgestellt. Eine solche Kinderkomponente in den Rentenzahlungen wäre übrigens auch ein Schritt hin zu einer gerechteren Lastenverteilung. Wer keine Kinder aufgezogen hat, aus welchen Gründen auch immer, konnte seine volle Zeit und seine volle Kraft auf die Entwicklung seiner beruflichen Laufbahn verwenden, was sich unmittelbar in seinem Einkommen und damit auch in seinen Rentenbezügen auswirkt. Demgegenüber haben Eltern große Einkommensausfälle, da häufig ein Elternteil nach Geburt der Kinder nur noch Teilzeitarbeit annehmen kann und damit auch auf einen Teil seiner Karriere-möglichkeiten verzichtet. Ferner nehmen die Kinder einen großen Teil der Zeit und Kraft ihrer Eltern in Anspruch, was dazu führt, dass die Eltern ihre beruflichen und wirtschaftlichen Interessen nicht mit derselben Intensität wahrnehmen können wie kinderlose Erwachsene.

Eine Kürzung der Rente für kinderlose Erwachsene mag vielen Menschen ungerecht erscheinen, falls die Kinderlosigkeit medizinische Ursachen hat und nicht auf einem freien Entschluss gegen Kinder beruht.

Tatsächlich ist unerfüllter Kinderwunsch ein wachsendes Problem. Allerdings müssen sich alle Menschen während ihres ganzen Lebens immer mit ihren körperlichen und geistigen Anlagen arrangieren. Niemand stört sich beispielsweise daran, dass der eine kurz nach Erreichen des Rentenalters stirbt und ein anderer über mehrere Jahrzehnte hinweg seine Rentenbezüge genießt. Im Vergleich dazu führt die geforderte Kinderkomponente zu relativ geringen Unterschieden.

Aus diesen knappen Überlegungen wird klar, dass nicht die Einführung einer Kinderkomponente in den Altersbezügen eine Ungerechtigkeit darstellen würde, sondern im Gegenteil, das bisherige Fehlen einer Kinderkomponente die Ungerechtigkeit darstellt.

Es muss deutlich werden, dass die Aufwendungen an Geld, Zeit und Kraft für die Sicherstellung der nachfolgenden Generation ein Teil des Generationenvertrags ist. Damit haben diejenigen Erwachsenen, die kein oder nur ein Kind haben, einen Teil ihrer Verpflichtungen im Generationenvertrag nicht erfüllt, was zu finanziellen Abschlägen führen muss.

Natürlich kann man eine Kinderkomponente in den Rentenzahlungen nicht sofort in voller Höhe einführen, sondern sie muss langsam über einen längeren Zeitraum aufgebaut werden. Zurzeit wird in unserem Land darüber diskutiert, ob die zukünftigen Rentenerhöhungen nur in einem Inflationsausgleich bestehen sollen oder ob wieder zu einer Anpassung gemäß der Nettolohnentwicklung zurückgekehrt werden soll. Hier würde es sich anbieten, endlich eine Kinderkomponente zu realisieren. Man könnte beiden politischen Lagern entgegenkommen und in der Rentenanpassung nachfolgendes Modell anwenden.

8.2. Vorschlag für künftige Rentenanpassungen und Pensionserhöhungen

Rentenempfänger hat 2 oder mehr Kinder aufgezogen:	Rentenerhöhung gemäß Nettolohnentwicklung um das angestrebte Rentenniveau von z.B. 62% des Nettolohnes zu erreichen.
Rentenempfänger hat 1 Kind aufgezogen:	Rentenerhöhung um Mittelwert aus Inflationsausgleich und Nettolohn-erhöhung bis Rentenniveau 56%, danach Erhöhung gemäß Nettolohnentwicklung (ca. 10%-ige Reduktion gegenüber Rentner mit 2 Kindern)
Rentenempfänger hat kein Kind aufgezogen:	Rentenerhöhung gemäß Inflationsausgleich bis ein Rentenniveau von 50% erreicht ist, danach Erhöhung gemäß Nettolohnentwicklung. (ca. 20%-ige Reduktion gegenüber Rentner mit 2 Kindern).

Da Nettolohnentwicklung und Inflationsausgleich sich um ca. 1,5% unterscheiden, beträgt die Übergangszeit etwa 12 Jahre. Wichtig ist jedoch, den Weg klar aufzuzeigen, damit sich die Bürger auf die Einführung der Kinderkomponente verlassen können.

Eine solche Vorgehensweise würde keinem Rentner etwas wegnehmen, denn jeder bekäme ja mindestens eine Rentenerhöhung

in Höhe des Inflationsausgleiches. Grob gesehen würden etwa die Hälfte der Rentner Rentenerhöhungen in Höhe der Nettolohnentwicklung erhalten, ein Viertel Rentenerhöhung gemäß dem arithmetischen Mittel von Nettolohnentwicklung und Inflationsausgleich und ein weiteres Viertel würde nur den Inflationsausgleich erhalten. Dieses letzte Viertel wird im Mittel aber mindestens genauso hohe absolute Rentenzahlun-

gen erhalten, wie die Rentner mit 2 Kindern, da die Einkommen der kinderlosen Rentner im Mittel um ca. 30% höher waren als die Einkommen der Rentner mit Kindern.

Der hier skizzierte Vorschlag könnte unter allen gesellschaftlichen Gruppierungen konsensfähig sein und endlich die geforderte Kinderkomponente in der Rentenversicherung realisieren.

8.3. Private Altersvorsorge

Es ist schließlich noch wichtig zu erkennen, dass bei einer stark schrumpfenden Bevölkerung, wie wir sie bei den gegenwärtigen Geburtenraten haben, auch keine tragfähige Private Altersvorsorge im Inland möglich ist.

Jede Private Altersvorsorge auf Basis von Aktienfonds oder ähnlichem funktioniert nur, wenn auch 30 Jahre später die Wirtschaft noch prosperiert und sich positiv entwickelt. Dies ist bei rapide schrumpfender Bevölkerung nicht zu erwarten. Wie im nächsten Kapitel ausgeführt wird, führt eine schrumpfende Bevölkerung zu einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums, die ausgeprägter ist, als dem zahlenmäßigen Rückgang der Bevölkerung entspräche.

Die einzige funktionierende und tragfähige Private Altersvorsorge besteht bei schrumpfender eigener Bevölkerung darin, das Geld

in wirtschaftlich starken Ländern anzulegen, deren Bevölkerung nicht schrumpft. Dies sind auf absehbare Zeit die Vereinigten Staaten von Amerika, und genau diesen Vorgang beobachten wir zurzeit. Die gegenwärtige Euro-Schwäche wird zum wesentlichen Teil dadurch verursacht, dass viele Bürger ihre Euros in Dollar wechseln und in den USA investieren. Hierfür ist nicht nur die gegenwärtige starke Wirtschaftskonjunktur in den USA verantwortlich, sondern auch das Vertrauen in eine auch langfristig gute Entwicklung in den USA aufgrund einer stabilen Bevölkerungsentwicklung.

Eine steuerliche Förderung der Privaten Altersvorsorge finanziert damit zum großen Teil Investitionen im Euro-Ausland. Die finanziellen Mittel gehen damit dem Wirtschaftskreislauf des Euro-Raumes verloren und schwächen darüber hinaus den Euro-Kurs.

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Kinderkomponente bei der steuerlichen Förderung der Privaten Altersvorsorge (DM 300 pro Jahr für jeden Erwachsenen, zzgl. DM 360 pro Jahr für jedes Kind) ist sicher ein erster richtiger, wenn auch viel zu kleiner Schritt. Der wesentliche Schritt für die Sicherung der Gesetzlichen Rentenversicherung ebenso wie der Privaten Altersvorsorge besteht aber in einer ausreichenden Förderung von Kindern und Familien, die sicherstellt, dass die nachwachsenden Generationen zahlenmäßig nicht wesentlich kleiner sind, als die gegenwärtige.

Zukunft kann letztendlich durch nichts anderes gesichert werden, als durch eine ausreichende Anzahl Menschen, die Verantwortung für ihre alten und jungen Mitmenschen übernehmen und genügend wirtschaftliche Leistungskraft haben, um allen ein Leben in Wohlstand zu ermöglichen.

8.4. Beitragssätze und Leistungen der Pflegeversicherung

Die vor wenigen Jahren vom früheren Bundesminister Blüm vehement vertretene und vom Bundestag beschlossene Pflegeversicherung erweist sich bei sinkenden Geburtenzahlen als ein Mechanismus, der es den kinderlosen Alten ermöglicht, die Kinder ihrer Mitbürger zur Zahlung ihrer Pflegekosten einzuspannen. Dies ist mir selbst erst vor wenigen Monaten bewusst geworden und

ich möchte deshalb diesen Mechanismus hier kurz erläutern: Die Pflegeversicherung zahlt deutlich unterschiedliche Beträge für dieselbe Pflegestufe, je nachdem, ob die Pflege von einem Familienmitglied geleistet wird oder von einer kommerziellen Pflegeorganisation. Bei Pflege durch Fremde sind die Zahlungen etwa dreimal höher. Pflegebedürftige alte Menschen mit Kindern werden zu etwa

80% durch ihre Kinder oder andere Verwandte (Geschwister, Nichten, Neffen, etc.) gepflegt, Alte Menschen ohne Kinder werden aber nur zu etwa 20% von Verwandten gepflegt. Darüber hinaus sind die als Gutachter eingesetzten Ärzte bei Pflege durch Fremde offenbar viel eher geneigt, die Pflegebedürftigkeit zu bescheinigen als bei Pflege durch Angehörige

Die mittleren Pflegekosten für Alte ohne Kinder sind also wesentlich höher als die für Alte mit Kindern. Würde man getrennte Pflegeversicherungen für die Erwachsenen mit Kindern und diejenigen ohne Kinder einführen, so würde sich die Versicherungsbeiträge wie folgt darstellen:

Beiträge zur Pflegeversicherung für Erwachsene mit Kindern:	0,8-faches der heutigen Beiträge
Beiträge zur Pflegeversicherung für Erwachsene ohne Kindern:	1,5-faches der heutigen Beiträge

Die Kosten der Pflegeversicherung für kinderlose Alte werden also zu einem Drittel von den Erwachsenen mit Kindern bezahlt. Die durch ihre Kinder sowieso schon wesentlich höher belasteten Eltern zahlen also auch noch einen großen Teil der Pflegeversicherung der kinderlosen Erwachsenen. Es ist offensichtlich, dass dieser Missstand dringend beseitigt werden muss.

9. Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Infrastruktur & Wirtschaft

Die wichtigste, wenn auch nicht einzige Basisgröße für die Entwicklung einer Volkswirtschaft ist die Bevölkerungszahl.

Bei sonst gleichen Voraussetzungen wie Ausbildungsstand der Menschen, Kapitalausstattung sowie Technologiestandard und Leistungsfähigkeit der Produktionseinrichtungen ist die Größe einer Volkswirtschaft direkt der Bevölkerungszahl proportional. Ein jährliches Schrumpfen der Bevölkerungszahl um 1,4%, wie wir es bei den gegenwärtigen Geburtenraten erleben werden, bedeutet damit gleichzeitig einen Verzicht auf 1,4% Wirtschaftswachstum.

Die Abnahme der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in Deutschland um ca. 1% pro Jahr und das Wachstum der USA-Bevölkerung um etwa 1% pro Jahr (Bureau of the CENSUS des Wirtschaftsministerium der USA) erklärt den in den letzten Jahren beobachteten Unterschied im Wirtschaftswachstum zwischen diesen beiden Ländern von etwa 2% (Deutschland 2,5%, USA 4,5%).

Auch im Vergleich zu Frankreich sind die Einflüsse der Bevölkerungsentwicklung auf das Wirtschaftswachstum erkennbar. Seit ca. 5 Jahren liegt das Wirtschaftswachstum in Frankreich etwa 0,5% höher als in Deutschland, obwohl Frankreich sicher in der Umsetzung moderner Wirtschaftsstrukturen, in der Deregulierung staatlicher Monopolstrukturen und in der Modernisierung seiner sozialen Sicherungssysteme deutlich hinter Deutschland zurückliegt. Die Ursache für diese scheinbare Diskrepanz ist in Frankreichs Bevölkerung zu sehen, die nahezu stationär ist oder zumindest deutlich langsamer schrumpft als die Bevölkerung in Deutschland!

So hatte im Jahr 1999 die Bevölkerung Frankreichs bei 58,5 Millionen Einwohnern mit 725.000 Geburten fast dieselbe

Anzahl Geburten wie die Bevölkerung Deutschlands (770.000 Geburten bei 82,0 Mio. Einwohnern). Bezogen auf die Bevölkerung hat Frankreich 32% mehr Geburten als Deutschland.

Die dramatischen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen einer mit 1,4% jährlich schrumpfenden Bevölkerung werden von vielen völlig unterschätzt. Nach wenigen Jahren wird der gesamte Infrastrukturrahmen zu groß und muss ständig angepasst werden. Man denke nur an Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungen, Verkehrssysteme, Universitäten et cetera. Zu große Strukturen sind zudem immer extrem ineffizient. Die politischen Institutionen würden ihre Kraft darauf verschwenden sicherzustellen, dass das Nachbar-Krankenhaus und das Nachbar-Gymnasium geschlossen wird, ihr eigenes aber erhalten bliebe. Man erinnere sich nur daran, welche Schwierigkeiten die Verkleinerung der Bundeswehr bereitet, weil jeder Bürgermeister und Landrat verständlicherweise darum kämpft, natürlich seinen Bundeswehrstandort zu erhalten.

Andere Beispiele für die Unfähigkeit politischer Strukturen, sich neuen Gegebenheiten anzupassen, sind das System der Landeszentralbanken und die föderale Struktur unseres Landes als Ganzes. Obwohl mit Einführung der Europäischen Zentralbank die Bundesbank viele ihrer Aufgaben abgeben musste und die Landeszentralbanken de facto überflüssig sind, scheint es nicht möglich zu sein, die entsprechenden Stellenpläne aufzulösen. Genauso sind sicher 90% unserer Bürger der Überzeugung, dass die Wiedervereinigung eine gute Gelegenheit gewesen wäre, die föderale Struktur unseres Landes zu reformieren. Statt 15 Bundesländer mit völlig unterschiedlicher Struktur und Wirtschaftskraft aufrecht zu erhalten, wäre es wesentlich sinnvoller, etwa 7 bis 10 Länder mit vergleichbarer Wirtschaftskraft

zu bilden und Kuriosa wie die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin sowie auch das Saarland durch Vereinigung mit umgebenden oder benachbarten Bundesländern abzuschaffen. Auch die Bürokratie des Bundes wächst ständig, obwohl für vieles die Entscheidungen nun in Brüssel getroffen werden und dort zusätzliche Bürokratien aufgebaut wurden. Es zeigt sich, dass die Politik fast durchgängig unfähig ist, verschlankende Reformen durchzuführen, die mit einem Abbau von lukrativen Posten verbunden sind.

Wenn die Bevölkerung um 1% pro Jahr schrumpft, müsste sich der Bundestag (fast 700 Abgeordnete) jedes Jahr um 7 Abgeordnete verringern, die Länderparlamente (viele haben ca. 100 Landtagsabgeordnete) müssten jeweils 1 Mandat pro Jahr abbauen. Keiner kann sich ernsthaft vorstellen, dass unser politisches System hierzu in der Lage wäre.

Man denke beispielsweise auch an die ganze Infrastruktur unseres Landes, wie Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen, Kanäle und Flüsse, Telekommunikationsnetze, Bildungseinrichtungen et cetera. All diese Einrichtungen müssten von immer weniger Menschen unterhalten werden, demzufolge müsste jeder Einzelne einen größeren Teil seiner Wirtschaftskraft hierfür aufwenden.

Besonders kritisch wäre eine schrumpfende Bevölkerung aber für die großen deutschen Konzerne, die bisher aufbauend auf einem starken heimischen Markt weltweit agieren können. Dieser Rückhalt in der heimischen Wirtschaft ginge weitgehend verloren, was auch ihre internationalen Aktivitäten belasten würde. Eine schrumpfende Bevölkerung führt zu Absatzeinbrüchen in allen Bereichen. Wir erleben zurzeit, dass trotz eines beachtlichen Wirtschaftswachstums der inländische Konsum stagniert, im Einzelhandel sogar sinkt, das Wachstum

fast ausschließlich vom Export getragen wird.

Als erstes und besonders sensitiv reagiert der Immobilienmarkt auf die schrumpfende Bevölkerung. Bei schrumpfenden Bevölkerungszahlen verlieren Immobilien überproportional an Wert, da die Nachfrage sinkt. Diese Auswirkungen sind aus zahlreichen Berichten in den Tageszeitung und den übrigen Medien zu entnehmen. So wird berichtet, dass die Bauindustrie insbesondere im privaten Wohnungs- und Häuserbau ständig weitere Einbußen hinnehmen muss. Das darf aber doch niemanden verwundern:

Wenn 400.000 Kinder pro Jahr zu wenig geboren werden, dann werden 25 Jahren später ca. 200.000 Wohnungen weniger gebraucht. Deshalb wird unsere Bauwirtschaft solange darniederliegen, wie die nachwachsenden Generationen zahlenmäßig immer wesentlich kleiner sind als die vorangehenden.

Allein durch eine Zunahme der Wohnfläche pro Person ist der Bedarfsrückgang aufgrund des Bevölkerungsrückgangs nicht auszugleichen. Inzwischen haben Deutsche Immobilienfonds stark an Wert verloren. Die Banken haben bereits begonnen, neue Fonds mit holländischen oder USA Immobilien aufzulegen. Dies ist ein weiterer Schritt zur Schwächung des Euro im Verhältnis zum Dollar.

Als nächstes leiden diejenigen Produktionszweige unter dem Bevölkerungsschwund, deren Produkte bereits einen hohen Sättigungsgrad in der Bevölkerung erreicht haben. Hier sind zuallererst Automobile zu nennen. Diese sind auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil für die meisten Menschen das Automobil nach dem Kauf einer Immobilie die mit Abstand teuerste Anschaffung ist. Heute haben fast alle erwachsenen Menschen ein Automobil. Da

nur ganz wenige sich mehr als ein Fahrzeug leisten können oder wollen, bedeutet dies gleichzeitig, dass die Anzahl der zugelassenen Fahrzeuge und damit auch deren Ersatzbedarf mit der Bevölkerungszahl abnimmt.

400.000 fehlende Kinder bedeuten beispielsweise eben auch 20 Jahre später 300.000 Autokäufer weniger.

Dies ist eben auch ein wesentlicher Punkt, den es zu erkennen gilt: Bevölkerungsentwicklung hat extrem starke und zwingende innere Gesetzmäßigkeiten. Da Geburtenausfälle vor 30 Jahren (heute) einen Ausfall potenzieller Eltern heute (in 30 Jahren) bedeuten, wirken Versäumnisse in der Familienpolitik lange nach und können nicht einfach durch zukünftige Maßnahmen ausgeglichen werden.

Ausgefallene Geburten sind eben nicht wie die Entscheidung, eine Straße nicht zu bauen. Der Bau der Straße kann im darauffolgenden oder einem späteren Jahr ohne dramatische bleibende Schäden nachgeholt werden, ausgefallene Geburten können nicht nachgeholt werden.

Ferner sei noch angemerkt: Ein hochentwickeltes Land, das wegen Überalterung und dem Fehlen einer ausreichenden nachwachsenden Generation mit großen eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, ist auch nicht in der Lage, seinen Nachbarn zu helfen, wie das z.B. bei der Osterweiterung der EU nötig sein wird, oder gar den Entwicklungsländern.

Nebenbei sei noch angemerkt: Ein Land, das sich gleichsam selbst aufgibt und nur noch 2/3 der nötigen Geburten für eine stationäre Bevölkerungsentwicklung hat, kann meines Erachtens keinen Anspruch erheben, zukünftig eine bedeutendere Rolle in der UNO zu spielen und einen Sitz im Sicherheitsrat zu erhalten.

Diese Bemerkungen abschließend möchte ich nochmals betonen, dass ausreichende Geburtenzahlen eine unabdingbare Voraussetzung für gute wirtschaftliche Entwicklung sind. Deutschland erlebte in den 50-er und 60-er Jahren einen „Baby-Boom“ und ein „Wirtschaftswunder“. Ab Ende der 60-er Jahre brachen die Geburtenzahlen ein und es folgte eine tiefe Rezession. USA, Holland und Frankreich haben jetzt eine wesentlich höhere Geburtenrate als Deutschland und ihre Wirtschaft entwickelt sich deutlich besser.

Es ist völlig unstrittig, dass Deutschland durch eine Erhöhung der Geburtenrate auf 2 Kinder pro Frau eine so starke Wirtschaftsdynamik entwickeln würde, dass sich die eingesetzten finanziellen Mittel zur Förderung von Familien und Kinder als wohl investiert erweisen würden.

Die Politik muss erkennen, dass die Erhöhung der Geburtenrate auf 2 Kinder pro Frau das mit Abstand effizienteste Programm zur Wirtschaftsförderung ist. Eine adäquate Geburtenrate würde eine Zunahme des Wirtschaftswachstums von mindestens 2% bewirken.

Die für 2001 und die nachfolgenden Jahre beschlossene Senkung des Lohnsteuertarifs, die vor allem den Eingangssteuersatz und den Spitzensteuersatz betrifft, ist sicherlich nützlich zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und des privaten Konsums. Für eine Erhöhung der Geburtenrate ist sie aber völlig untauglich und sogar möglicherweise kontraproduktiv, da der Einkommensunterschied eines Paares nun noch drastischer ausfällt, wenn ein Partner zur Betreuung von Kindern seinen Beruf zeitweise aufgibt.

10. Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitslosigkeit

Gegenwärtig freut sich die Bundesregierung jeden Monat darüber, dass die Arbeitslosigkeit aufgrund des „Demographischen Faktors“, wie man die viel zu kleinen Jahrgangsstärken der jungen Menschen zu umschreiben pflegt, um etwa 30.000 pro Monat zurückzugehen scheint. Dies ist eine äußerst kurzsichtige und einseitige Beurteilung des Sachverhaltes. Wenn auch die Zukunftsvorsorge des Einzelnen heute nicht mehr aus den eigenen Kindern besteht, so muss dennoch die Bevölkerung eines Landes als Ganzes ihre eigene Zukunftsvorsorge durch die eigenen Kinder sicherstellen.

Schlimmer ist jedoch, dass die so positiv dargestellte Auswirkung des „Demographischen Faktors“ nicht nur kurzsichtig ist, sondern auch noch falsch.

Würde heute schon in den westlichen Bundesländern die Geburtenrate 2,1 Kinder pro Frau betragen, dann würden im Westen etwa 350.000 Kinder pro Jahr mehr geboren werden. Dies würde bei einem Erziehungsurlaub von 3 Jahren pro Kind etwa 1 Million Frauen dem Arbeitsmarkt entziehen - mit einem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Diese 350.000 zusätzlichen Geburten jährlich würden darüber hinaus zu mindestens 40.000 zu-

sätzlichen Arbeitsplätzen jährlich führen, beginnend von Kinderbetreuung und Haushaltshilfen über alle Arbeiten in der Produktion bis hin zu Lehrerinnen/Lehrern und Kinderärztinnen/-ärzten.

Eine genauere Betrachtung ergibt, dass bei stationärer Bevölkerungsentwicklung die Arbeitslosenzahlen in Westdeutschland statt 2,5 Millionen nur etwa 1,2 Millionen betragen würden. Anders ausgedrückt, die Arbeitslosigkeit ist zumindest zur Hälfte durch die geringen Geburtenzahlen verursacht.

Dies wird besonders deutlich in den neuen Bundesländern. Bereits heute sind dort prozentual fast so viele Menschen in Arbeit wie im Westen. Die doppelte so hohe Arbeitslosigkeit beruht auf der im Osten wesentlich höheren Arbeitsneigung.

Auch hierzu trägt die Entscheidung der Frauen, kein Kind zu bekommen und lieber einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wesentlich bei. Wäre die Geburtenrate im Osten auch nach 1990 bei 2,1 verblieben und nicht auf 1,04 abgesunken so würden rund 200.000 statt 100.000 Kinder jährlich geboren werden und die Arbeitslosenzahlen wären um ca. 500.000 niedriger. Es wäre Aufgabe des Staates gewesen, das

dramatische Absinken der Geburtenzahlen in den östlichen Bundesländern frühzeitig zu erkennen und durch gezielte und wirksame Fördermaßnahmen einen Anstieg der Geburtenraten zu bewirken. Da man wegen der niedrigeren Produktivität im Osten Abstriche beim Lohn macht, wäre es auch gerechtfertigt, dort mit einer höheren Förderung von Kindern und Familien die Einflüsse der unterschiedlichen historischen Entwicklungen auszugleichen und dem Zusammenbruch der Geburtenraten entgegen zu wirken.

Offensichtlich war die Verunsicherung der Menschen in den östlichen Ländern durch die Einführung des kapitalistischen Wirtschaftssystems so groß, dass sie zum großen Teil auf Kinder verzichteten. Mit dazu beigetragen hat sicherlich auch der verständliche Wunsch vieler Menschen, zunächst einmal unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen im Beruf Fuß zu fassen und materielle Anschaffungen nachzuholen. Allerdings lassen die Geburtenzahlen in den östlichen Ländern noch nicht erkennen, dass dieser Nachholeffekt abflachen würde und die Geburtenzahlen wieder kräftig ansteigen würden.

Der Sachverhalt, dass schrumpfende nachwachsende Generationen zur Arbeitslosigkeit beitragen und nicht etwa die Arbeitslosigkeit abbauen, ist nicht einfach einzusehen und wird von vielen geleugnet. Deshalb möchte ich hier zur Verdeutlichung zwei Gedankenexperimente diskutieren, die die Zusammenhänge aufdecken und verdeutlichen:

Gedankenexperiment 1:

Wir wollen für dieses Gedankenexperiment annehmen, der Altersaufbau unserer Bevölkerung hätte von 0 bis 70 Jahre fast konstante Jahrgangsstärken, die älteren Jahrgänge wären entsprechend der zunehmenden Sterberate deutlich kleiner. Nun würde sich diese Bevölkerung entschließen, von einem Jahr auf das nächste plötzlich keine Kinder mehr zu bekommen. Dann würden alle Frauen Arbeit suchen, auch diejenigen, die zuvor Kinder bekommen hätten. Gleichzeitig würde der Bedarf der nicht geborenen Kinder wegfallen. Beide Effekte würden die Arbeitslosigkeit erhöhen. Dies zeigt, dass abnehmende Jahrgangsstärken Arbeitslosigkeit hervorrufen und nicht Arbeitslosigkeit abbauen.

Bei zu geringen Geburtenraten gleicht der Altersaufbau der Bevölkerung einer auf der Spitze stehenden stumpfen Pyramide. Beim Übergang von einem Jahr auf das nächste gibt es ja nicht nur den stets betonten Effekt, dass mehr Alte in Pension gehen als Junge nachfolgen, sondern es tritt zwangsläufig auch auf, dass alle Jahrgangsstärken abnehmen. Bei einer inversen Bevölkerungspyramide gibt es beispielsweise weniger 30-Jährige als 31-Jährige. Ein Jahr später sind aber aus den 30-Jährigen die 31-Jährigen geworden, diese sind also weniger als die 31-Jährigen des Vorjahrs. Damit nehmen für alle Altersstufen die Jahrgangsstärken von Jahr zu Jahr ab, was die Nachfrage reduziert und damit Arbeitslosigkeit erzeugt. Dieser Effekt ist stärker als der Rückgang der potentiell Erwerbstätigen, der sich aus der Differenz der in die Rente und der neu ins Berufsleben eintretenden Jahrgangsstärken ergibt.

Gedankenexperiment 2:

In diesem Gedankenexperiment wollen wir uns vorstellen, unser Land bestünde aus zwei Teilen im Flächenverhältnis von etwa 2 : 1.

Im größeren Teil des Landes würden die Erwachsenen zwischen 30 und 60 Jahren leben, die Kinder haben, natürlich zusammen mit ihren Kindern und ihren Eltern. Dieser Teil des Volkes hätte dann eine Geburtenrate von etwa 2 Kindern pro Frau und damit eine stabile Bevölkerungsentwicklung. Es ist offensichtlich, dass in diesem Teil die Arbeitslosigkeit geringer wäre als wir sie heute haben und es gute Voraussetzungen gibt, auch zukünftig in Wohlstand zu leben.

Im kleineren Teil des Landes würden die Erwachsenen zwischen 30 und 60 Jahren leben, die keine Kinder haben, natürlich ebenfalls zusammen mit ihren Eltern. Dieser Teil des Volkes hätte eine Geburtenrate von Null und würde direkt aussterben. In diesem Teil könnten die Steuern zunächst niedriger sein, da keine Kinder versorgt und ausgebildet werden müssen. Die kinderlosen Berufstätigen hätten damit zunächst mehr Geld. Allerdings gäbe es auch mehr Arbeitslose, da der gesamte Bedarf der Kinder wegfällt und alle Erwachsenen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Mit den Jahren würde es allerdings immer mehr Rentner und immer weniger Berufstätige geben und der Wohlstand würde sehr schnell absinken, bis schließlich Armut und Not einkehrt.

Diese Ausführungen könnten dahingehend missverstanden werden, als würde ich ein Frauenbild fordern, das sich vornehmlich in Kindern und Haushalt erschöpft. Das ist eindeutig nicht meine Ansicht. Im Gegenteil, es müssen

Strukturen geschaffen werden, die es Frauen ermöglichen, nach einer Kinderphase (Babypause ist ein ungeeignetes Wort – mit Babys hat man keine Pause) selbst gewählter Länge, wieder in den Beruf zurückzukehren und Chan-

cen für eine den Männern vergleichbare Berufskarriere wahrzunehmen. Unter solchen Bedingungen, hätten wohl wieder mehr Frauen den Wunsch, Kinder zu bekommen und zusammen mit den Vätern aufzuziehen.

11. Gesellschaftliche Auswirkungen der geringen Geburtenraten

Die gesellschaftlichen Auswirkungen der geringen Geburtenraten sind nicht so offenkundig wie die wirtschaftlichen, haben aber möglicherweise noch größere Bedeutung als diese.

11.1. Zunahme des Anteils der auf Dauer kinderlosen Erwachsenen

Da viele Kinder noch in Familien mit zwei, drei oder mehr Kindern geboren werden, beträgt die mittlere Kinderzahl pro Familie mit Kindern etwas über zwei (2,2). Das hat zur Folge, dass bei einer mittleren Geburtenrate von 1,37 Kindern pro Frau etwa ein Drittel aller Frauen in ihrem gesamten Leben ohne Kinder bleiben. Dasselbe gilt dann in etwa auch für die Männer. Das bedeutet:

Heute bleibt etwa ein Drittel der Erwachsenenbevölkerung ohne Kinder.

Wenn ein großer Teil der Bevölkerung sich nicht mehr an der Zeugung der nachfolgenden Generationen beteiligt, hat dies drastische Auswirkungen auf ihr Verhalten, was den kinderlosen Erwachsenen häufig selbst gar nicht bewusst wird:

- **Es entfällt ein wesentlicher Teil der Sorge um zukünftige Entwicklungen.**
- **Es besteht das Bestreben, Problemlösungen in die Zukunft und auf nachfolgende Generationen zu verschieben.**

Dies wird sichtbar an häufig erhobenen Forderungen, wie:

- **„Bundesregierung, Länder und Gemeinden sollen sich doch lieber weiter verschulden, als jetzt zu sparen und die Schulden abzubauen.“**

Dabei ist es völlig unsinnig, dass unser Land in Zeiten wachsender Wirtschaft seine Nettoverschuldung erhöht. Auch ohne Neuverschuldung erhöht sich bei schrumpfender Bevölkerung de facto die Schuldenlast pro Person. Die Bestrebungen von Bundesfinanzminister Eichel, die Neuverschuldung abzubauen und die Gesamtverschuldung zu reduzieren, wird von jedem für die Zukunft vorsorgenden Vater und von jeder Mutter unterstützt. Wenn man jedoch keine Kinder hat, kann man die bei Neuverschuldung zusätzlich aufgenommenen Kredite ungetrübt verbrauchen, um die Rückzahlung müssen sich ja andere kümmern.

- **„Fehlende Kinder könnten doch durch Zuzug von Ausländern in beliebig großer Zahl ausgeglichen werden.“**

Eine Zuwanderung von begabten Ausländern ist sicher eine Bereicherung für das Land (siehe Green-Card-Diskussion). Dennoch steht zu befürchten, dass ein Ausländeranteil von deutlich über 10% zu häufigen sozialen und kulturellen Konflikten führt, die zu einem großen Standortnachteil werden können und die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Auch hier gilt, dass es den Kinderlosen natürlich weitgehend gleichgültig sein kann, wenn es in 30 Jahren zu ethnischen Konflikten oder gar Religionskriegen in unserem Lande kommen sollte. Hat man jedoch Kinder, so betrachtet man solche Entwicklungen mit viel größerer Sorge.

- **„Wenn Geld fehle, solle man doch die Erbschaftssteuer erhöhen.“**

Auch diese Forderung ist verständlich, wenn man selbst keine Kinder hat. Dann stört einen eine hohe Erbschaftssteuer möglicherweise viel weniger, da einem alle möglichen Erben viel weniger nahe stehen, als das bei Kindern der Fall ist! Dies würde bedeuten, dass die kinderlosen Erwachsenen nicht nur zur Verschuldung beitragen, ohne sich um deren Rückzahlung zu kümmern, sondern auch die Ersparnisse der Familien mit Kindern am liebsten noch verbrauchen würden.

Es wird deutlich, dass es eine große gesellschaftliche Aufgabe ist, möglichst alle Erwachsenen wieder an der Reproduktion der Bevölkerung zu beteiligen.

Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, dass in den USA nur etwa

18% der Erwachsenenbevölkerung auf Dauer ohne Kinder bleiben. Geht man davon aus, dass in den USA und bei uns etwa jeweils 10% der Bevölkerung aus medizinischen Gründen keine Kinder bekommen, so gibt es in den USA etwa 8% der Bevölkerung, die aus eigenem Entschluss sich gegen

Kinder entscheiden. Bei uns liegt dieser Bevölkerungsanteil bei etwa 23%, ist also dreimal größer.

In den USA entscheiden sich nur ca. 8%, bei uns jedoch ca. 23% der Erwachsenen aus freien Stücken gegen Kinder.

11.2. Selbstaufgabe, Rückwärtsgewandtheit und mangelnde Zukunftszuversicht

Wenn ein Volk sich selbst gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen schafft, die dazu führen, dass die nachwachsenden Generationen nur noch 65% der Jahrgangsstärken der vorausgehenden Generationen haben, so ist das im Kern gleichbedeutend mit einer weitgehenden Selbstaufgabe dieses Volkes. Nach nur 3 Generationen, also nach 90 Jahren, wäre der junge Teil dieses Volkes auf 27% seiner ursprünglichen Größe geschrumpft. Dies gilt in ähnlicher Weise für Deutschland alleine als auch für Euro-Land als Ganzes, da die Geburtenraten nahezu übereinstimmen.

Wenn eine konkurrierende Volkswirtschaft durch Geburtenüberschuss und Zuwanderung jährlich um 1% wächst, bedeutet dies, dass deren nachwachsenden Generationen jeweils um 35% größere Jahrgangsstärken haben und somit nach 3 Generationen auf das 2,5-fache anwachsen. Der Gesamtunterschied in der Entwicklung dieser beiden konkurrierenden Volkswirtschaften ist also rund ein Faktor 10 nach nur 90 Jahren bzw. 3 Generationen.

Genau dies können wir an den USA beobachten: Die USA hatten 1950 eine Bevölkerung von 150 Mio. und werden 2050 eine Bevölkerung von 394 Mio. haben, eine Zunahme auf das 2,6-fache in Übereinstimmung mit den obigen Ausführungen. In Deutschland hatten wir ein deutliches Bevölkerungswachstum vor 1965. Die geringen Geburtenzahlen wirken also „erst“ seit 35 Jahren. Dennoch wird sich die deutsche Bevölkerung von 82 Millionen im Jahre 2000 innerhalb von 50 Jahren auf 55 Millionen verringern.

Im Vergleich Euro-Land und USA (s. Abb. 12, S. 25) verringert sich das Verhältnis der Bevölkerungszahlen von 1,49 im Jahr 1950 auf 0,64 im Jahr 2050. Dies ist eine Veränderung um den Faktor 2,3, obwohl Euro-Land erst seit 35 Jahren diese niedrigen Geburtenraten hat!

Es ist also bei unseren geringen Geburtenzahlen nicht übertrieben von einer Selbstaufgabe des Volkes zu sprechen.

Unsere gewählten Regierungen tragen für diese Entwicklung entscheidende Verantwortung. Wenn man Rahmenbedingungen schafft, die alle Menschen mit nur durchschnittlichen Einkommen in Armut führen, wenn sie sich für Kinder entscheiden, dann darf man sich über die zu wenigen Kinder nicht wundern.

Dramatisch zu geringe Geburtenzahlen sind nach der aktiven Vernichtung eines Volkes durch Krieg der größte Schaden, den man ihm zufügen kann. Unsere Politiker verletzen damit ihren Amtseid, in dem sie geschworen hatten, Schaden vom Deutschen Volk zu wenden.

Mein Kollege Thomas Walcher hat mich darauf hingewiesen, dass die zu geringen Geburtenzahlen für unser Land dieselbe Wirkung haben, wie die Virusseuche Aids für die betroffenen afrikanischen Länder.

Natürlich ist die menschliche Tragödie dort noch viel größer, weil die Kinder erst geboren werden und dann jung sterben. Bei uns ist es insofern humaner, die Kinder werden erst gar nicht geboren. Aber die Konsequenz ist dieselbe, in beiden Fällen sind die verbleibenden nachwachsenden Generationen viel zu klein und die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung und sogar der Bestand des gesamten Volkes sind dadurch gefährdet.

Es ist für mich unverständlich, dass viele Deutsche zwar durch die afrikanische Aids-Katastrophe sehr betroffen sind und Hilfe fordern, aber unseren eigenen, geringen Geburtenzahlen gegenüber völlig gleichgültig bleiben.

Schließlich möchte ich nochmals darauf eingehen, dass der Altersaufbau eines schrumpfenden Vol-

kes immer überproportional viele alte und viel zu wenige junge Menschen aufweist. Dies führt unweigerlich dazu, dass sich die Gesellschaft vorwiegend mit rückwärtsgewandten Themen befasst, wie Subventionierung alter und unrentabler Industrien oder Rentensicherung. Das liegt einfach daran, dass die vielen alten Menschen ihre wirtschaftlichen Interessen auf Kosten der jungen durchsetzen. Die zahlreichen Frühverrentungen sind ökonomisch unsinnig, da die frei gewordenen Stellen meist nicht durch junge Mitarbeiter besetzt wurden, aber vorgezogene Rentenzahlungen zu leisten sind. Der Mangel an jungen Menschen ist gleichbedeutend mit einem Mangel an Zukunftszuversicht. Die Jungen haben keine Chancen, ihre Interessen durchzusetzen. Geld für Frühverrentungen ist offenbar reichlich da, aber Bafög bekommen heute nur noch ganz wenige und auch nur noch als Darlehen. Ich selbst wurde als Schüler und Student in den 60-er Jahren im damals noch ärmeren Deutschland wesentlich besser gefördert. Man darf sich nicht wundern, wenn auch die jungen Leute ihre Zukunftszuversicht verlieren. Noch nie gab es so viele Menschen, die sich schon in jungen Jahren um ihre Zukunft sorgen.

Diese Dominanz der Alten und die ungenügende Berücksichtigung der jungen Generation führt zu der seltsamen Lethargie, die in Europa überall zu spüren ist. Wenn man damit vergleicht wie in Südamerika oder auch in den USA das Leben pulsiert, dann spürt man diese europäische Rückwärtsgewandtheit sehr deutlich. Es ist wohl dieser Zustand, den der frühere Bundespräsident Herzog mit seiner berühmten „Ruck-Rede“ überwinden wollte.

Die europäische Lethargie kann aber nicht mit einem „Ruck“, sondern nur durch mehr Geburten und mit mehr Kindern überwunden werden.

12. Vergleich der Entwicklung: Deutschland, Euro-Land und USA

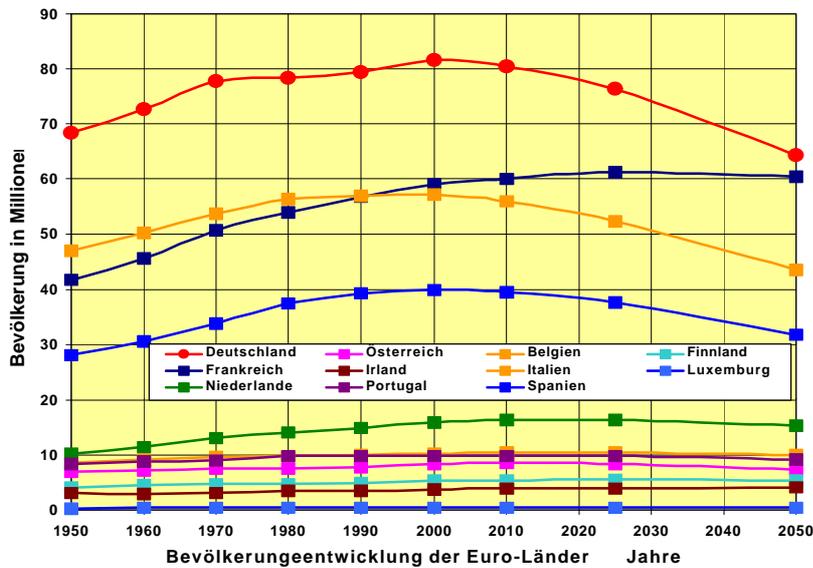


Abb. 11: Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Ländern des Euro-Raumes nach Berechnungen der Vereinten Nationen (SJB 1997, Ausland S. 204, Tabelle 1.4). Alle bevölkerungsreichen Länder erfahren etwa dieselbe Entwicklung, mit Ausnahme von Frankreich und den Niederlanden.

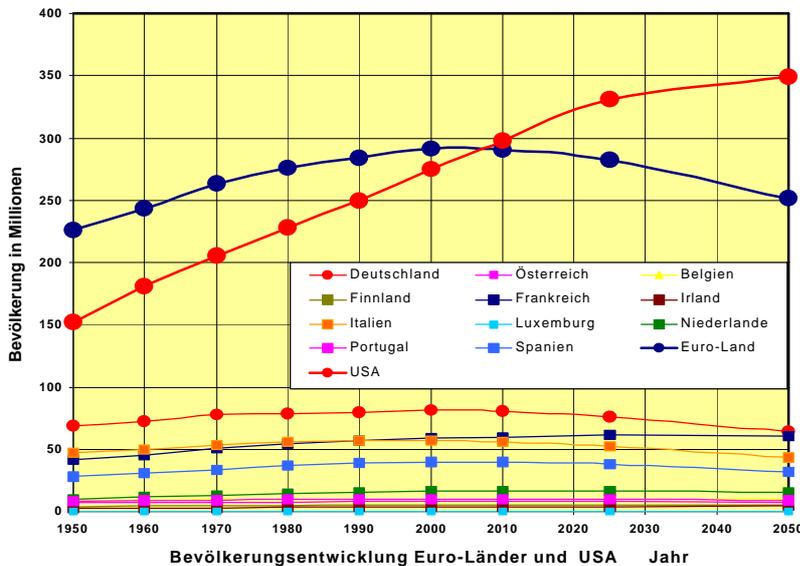


Abb. 12: Vergleich der Entwicklung der Gesamt-Bevölkerungszahlen in Euro-Land und in den USA nach Berechnungen der Vereinten Nationen (SJB 1997, Ausland S. 204, Tabelle 1.4). Es ist klar zu erkennen, dass sich in Euro-Land eine schrumpfende Bevölkerung ergibt, die deshalb auch im Vergleich zu den USA überaltert ist. Auch für die USA wird von der UNO eine Abflachung des Wachstums nach 2025 vorhergesagt. Allerdings ergeben neueste Berechnungen der US-Census Behörde eine USA-Bevölkerungsprognose für 2050 von 394 Millionen, was einer Fortführung der linearen Zunahme sogar bis 2050 entspricht.

Es ist interessant festzustellen, dass mit Ausnahme von Frankreich und den Niederlanden alle bevölkerungsreichen Länder des Euro-Raumes eine ähnlich ungünstige Entwicklung aufweisen wie Deutschland.

Das darf jedoch keine Entschuldigung dafür sein, die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil, gerade Holland und Frankreich haben in den letzten Jahren im Vergleich wirtschaftlich am besten abgeschnitten, weil ihre Bevölkerung eben noch nicht schrumpft.

Besonders aufschlussreich ist der in Abb. 12 gezeigte Vergleich der Entwicklung der Gesamt-Bevölkerung von Euro-Land und den USA. Während die USA bis 2050 noch ein dynamisches Bevölkerungswachstum von fast 1% pro Jahr aufweisen, nimmt der junge Bevölkerungsanteil von Euro-Land bereits heute um mehr als 1,4% jährlich ab, die Gesamtbevölkerung von Euro-Land nimmt ab 2010 mit 0,5% pro Jahr ab, wobei sich diese Tendenz nach 2025 noch verstärkt.

Neueste Berechnungen der US-Census Behörde ergeben sogar eine USA-Bevölkerungsprognose für 2050 von 394 Millionen, was einer Fortführung der linearen Bevölkerungszunahme bis 2050 entspricht.

12.1. Bevölkerungsentwicklung von Euro-Land und Außenwert des Euro

Der Außenwert des Euro ist seit seiner Einführung am 1.1.1999 im Vergleich zum US-Dollar von \$ 1,18 auf \$ 0,86 gesunken (Stand 11.9.2000). Diese Abwertung um 27% wird von den Politikern und der Europäischen Zentralbank stereotyp als unverständlich, weil unvereinbar mit den positiven wirtschaftlichen Fundamentaldaten in Euro-Land be-

viele alte Menschen umfasst, die nicht mehr aktiv am Wirtschaftsleben teilnehmen, ist für eine Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der in Abb. 13 gezeigte Vergleich der Bevölkerung unter 65 Jahren von noch größerer Bedeutung. Hier tritt der Unterschied der Entwicklung zwischen diesen beiden Wirtschaftsräumen noch stärker zutage.

noch 770.000 Geburten verzeichnen. 266 Mio. US-Bürger hatten dagegen 3.850.000 Geburten, bezogen auf 82 Mio. US-Bürger wären dies 1.183.000 Geburten, also rund 400.000 Geburten oder 54% mehr.

In den USA werden bezogen auf die Bevölkerungszahl 40% mehr Kinder geboren als in Euro-Land. Kinder sind die Zukunft eines Landes und Märkte nehmen zukünftige Entwicklungen vorweg. Diese 40% mehr Geburten sind der Grund dafür, dass der US-Wirtschaft und damit dem US-Dollar eine bessere Zukunft zugetraut wird als der Wirtschaft in Euro-Land und damit dem Euro. Man muss sogar fürchten, dass der Wertverlust des Euro noch sehr viel weiter geht.

Der hier dokumentierte Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung zwischen den USA und Euro-Land hat weitreichende Auswirkungen für das Vertrauen des Kapitals in die zukünftige Entwicklung dieser beiden Wirtschaftsräume. Es ist offensichtlich, dass den USA sehr viel eher zugetraut wird, auch in 30 Jahren noch eine dynamisch wachsende Wirtschaft von Weltbedeutung zu haben, während dies für Euro-Land mit einer schrumpfenden Bevölkerung nicht in diesem Maße möglich sein wird. Kapital fließt deshalb in die USA, was den rapiden Wertverlust des Euro zusätzlich beschleunigt. Allerdings sollte man hinzufügen, dass die D-Mark wohl einen ähnlichen Wertverlust erlitten hätte.

Die einzig vernünftige Konsequenz kann nur sein, Familien und Kinder in Deutschland und Euro-Land so zu fördern, dass die Geburtenrate auf 2 Kinder pro Frau ansteigt und die düsteren eigenen Prognoserechnungen und die der Vereinten Nationen aufgrund der gegenwärtigen niedrigen Geburtenraten nicht eintreten.

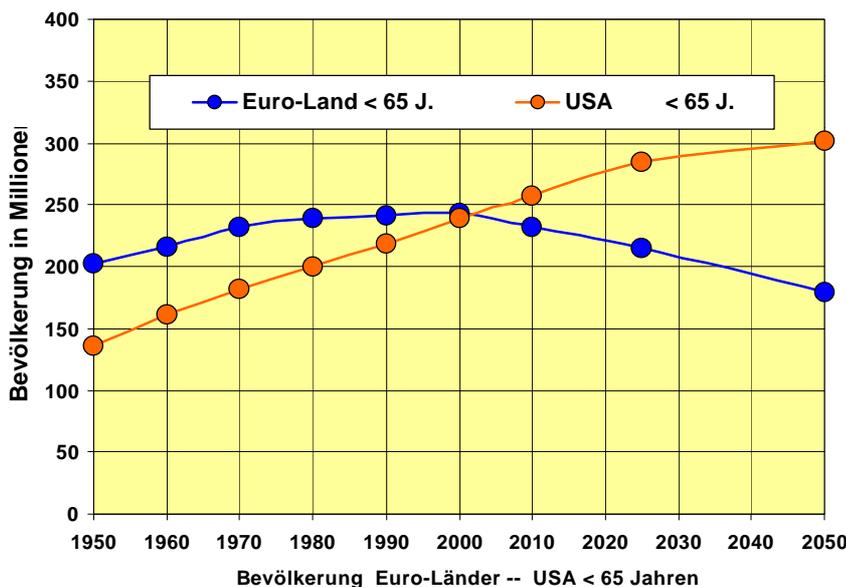


Abb. 13: Vergleich der Entwicklung der Bevölkerungszahlen der unter 65-Jährigen in Euro-Land und den USA. Hier tritt der Unterschied in der Entwicklung noch deutlicher hervor, weil die schrumpfende Bevölkerung von Euro-Land überproportional viel alte und viel zu wenige junge Menschen hat.

zeichnet. Das Problem bestünde nur darin, dass sich die neue Währung erst noch Vertrauen erwerben müsse.

Bei den Erörterungen über den Euro-Kurs wird stets verschwiegen, dass die drastischen Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung als wichtigstes wirtschaftliches Fundamentaldatum den Wertverlust des Euro zwanglos erklären.

Es ist völlig klar, dass Euro-Land mit einer abnehmenden Bevölkerung den ökonomischen Wettbewerb mit den in ihrer Bevölkerungszahl zunehmenden USA verlieren wird.

Da die schrumpfende Bevölkerung von Euro-Land besonders

Wie sollen rund 1% jährliche Bevölkerungsschrumpfung in Euro-Land (wie auch in Deutschland) und 1% jährliches Bevölkerungswachstum in den USA für einen Wertverlust des Euro gegenüber dem Dollar von 27% in 20 Monaten verantwortlich sein, selbst wenn man konzediert, dass dies eine Differenz im Wirtschaftswachstum von über 2% jährlich hervorruft?

Um dies zu verstehen, muss man sich bewusst werden, dass die Schrumpfung bzw. das Wachstum der Gesamtbevölkerung allein durch einen Unterschied in den Geburtenzustände kommt. Tatsächlich konnte im Jahr 1999 die 82 Mio. Bevölkerung in Deutschland

12.2. Vergleich der Bevölkerungsentwicklung der Länder von Euro-Land, den USA sowie den übrigen Ländern der Europäischen Union

Land (aus SJB 1997)	Bevölkerung (in 1000)	Geburten (in 1000)	Geburten/ Bevölkerung (in %)	Geburtenrate eig. Berechn. (Kinder/Frau)	<Geb.-rate> US-Cens. 1995-2000 (Kinder/Frau)	Sterbefälle (in 1000)	Sterbefälle/ Bevölkerung (in %)	Geburten- über- schuss
Deutschland '99	82.012	770	0,94	1,37	1,30	846	1,03	-76.000
Belgien	10.170	116	1,14	1,58	1,55	104	1,02	12.000
Finnland	5.132	9	1,15	1,59	1,73	49	0,95	10.000
Frankreich	58.492	725	1,24	1,71	1,71	534	0,91	191.000
Irland	3.652	52	1,42	1,97	1,90	32	0,88	20.000
Italien	57.461	529	0,92	1,27	1,20	553	0,96	-24.000
Luxemburg	418	6	1,44	1,99	1,76	4	0,96	2.000
Niederlande	15.567	191	1,23	1,70	1,50	136	0,87	55.000
Österreich	8.068	84	1,04	1,44	1,41	79	0,98	5.000
Portugal	9.934	113	1,14	1,57	1,37	105	1,06	8.000
Spanien	39.299	358	0,91	1,26	1,15	356	0,91	2.000
Euro-Land	290.205	3.003	1,03	1,50	1,42	2.798	0,96	205.000
USA	266.490	3.850	1,44	2,10	2,00	2.349	0,88	1.501.000

Dänemark	5.275	68	1,29	1,78	1,72	60	1,14	8.000
Griechenland	10.487	102	0,97	1,35	1,28	101	0,96	1.000
Großbritannien	58.902	727	1,23	1,71	1,72	633	1,07	94.000
Schweden	8.844	90	1,02	1,41	1,57	93	1,05	-3.000

Innerhalb der Europäischen Union haben nur Frankreich, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Dänemark und Großbritannien Geburtenraten von bzw. oberhalb 1,70 Kindern pro Frau.

Alle anderen Länder haben deutlich niedrigere Geburtenraten. Die Schlusslichter bilden Spanien mit einer Fertilität von 1,26 Kindern pro Frau, Italien mit 1,27 und Deutschland mit 1,37 Kindern pro Frau. Ab 1.1.2001 gehört noch Griechenland zum Euro-Raum, das ebenfalls nur eine Geburtenrate von 1,35 Kindern pro Frau aufweist. Diese vier Länder haben zusammen eine Bevölkerung von 190 Mio. und repräsentierten damit fast 2/3 der Gesamtbevölkerung des Euro-Raumes. Es ist bezeichnend, dass Dänemark, Großbritannien und Schweden, die noch relativ hohe Geburtenraten haben, bisher einen Beitritt zur Gemeinschaftswährung EURO ablehnen.

Es ist aus der Tagespresse und den Medien allgemein bekannt, dass Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Dänemark seit mehreren Jahren die größten Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das größte Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union verzeichnen. Das bestätigt, dass eine stabile Bevölkerungsentwicklung die entscheidende Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung ist. Zu geringe Geburtenzahlen und schrumpfende Jahrgangsstärken behindern das Wirtschaftswachstum und führen zu Arbeitslosigkeit.

Deutschland muss auch darauf hinwirken, dass die anderen Problemländer Spanien, Italien, Griechenland, Schweden, Österreich und Portugal ebenfalls wirksame Maßnahmen der Familien- und Kinderförderung ergreifen, die zu einer Erhöhung der Geburtenraten führen. Durch die gemeinsame Währung und die gemeinsame Wirtschaftsunion hängt der Wohlstand der nachfolgenden Generationen unseres Landes natürlich von der Gesamtentwicklung im Euro-Raum ab.

13. Können fehlende Kinder durch Zuwanderung ersetzt werden?

Häufig wird bei Diskussionen über die geringen Geburtenzahlen der Vorschlag gemacht, man könne doch den Rückgang der Bevölkerung durch Zuwanderung von Ausländern kompensieren und so zu einer stabilen Bevölkerungsentwicklung gelangen. Manche gehen sogar noch weiter und sehen darin einen Vorteil, denn wir würden die Kosten für Betreuung und Ausbildung einer entsprechenden Anzahl Kinder sparen.

Die USA werden häufig als Beispiel für eine erfolgreiche, kontrollierte und am eigenen Nutzen orientierte Einwanderungspolitik angeführt.

Schon der Begriff „Green Card“ für die Werbeaktion um gut ausgebildete Computerwissenschaftler zeigt, dass wir dem Vorbild USA nahefeiern, obwohl die Green Card andere Regelungen umfasst als unser Programm.

Dabei wird verkannt, dass sich die USA in einer ganz anderen Situation befinden als wir. Die USA hatten im Jahr 1996, ein Bevölkerungswachstum von 2.328.000 Menschen, das sind 0,9% Zuwachs in einem Jahr.

Wie das „1997 Population Profile of the United States“ des US-Bureau of the Census nachweist, betrug in den Jahren 1990 bis 1997 das US-Bevölkerungswachstum 7,1%. Dieses Wachstum kommt hauptsächlich durch einen Geburtenüberschuss von 1,5 Mio. zustande (3,85 Mio. Geburten minus 2,35 Mio. Todesfälle). Nur der kleinere Teil des Bevölkerungszuwachses kommt durch Zuwanderung von 0,8 Mio. Personen hinzu, was 0,3% der Bevölkerung entspricht. Schließlich sei noch angemerkt, dass in den USA alle Bevölkerungsanteile Wachstum aufweisen. Das „1997 Population Profile“ unterscheidet Weiße (ohne Hispanics), Schwarze, Indianer & Eskimos, Asiaten & Pazifik-Inselbewohner und Hispanics (alle Rassen). Die Weißen stellen 72%

der Bevölkerung dar und tragen rund 30% zum Zuwachs bei. Damit ist das Wachstum des Weißen Bevölkerungsanteils zwar geringer als das der Hispanics, Schwarzen und Asiaten, aber es ist eben immer noch stark und positiv.

Im Gegensatz dazu hatten wir in Deutschland 1999 einen Überschuss von 76.000 Todesfällen!

Die USA besitzen also ein gesundes inneres Bevölkerungswachstum von 0,6% im Jahr. Sie sind deshalb nicht auf Zuwanderung aus dem Ausland angewiesen und können es sich somit leisten, durch kontrollierte und ausgesuchte Einwanderung einerseits einen humanitären Beitrag für verfolgte Menschen zu leisten und andererseits ihre Wirtschaft zu stärken. Die USA schützen sich übrigens massiv gegen unerwünschte illegale Zuwanderung.

Im Gegensatz dazu wären wir auf eine jährliche Einwanderung von 500.000 Menschen angewiesen, was 0,6% unserer Bevölkerung entspräche. Sie wäre also prozentual doppelt so hoch wie im Falle des Einwanderungslandes USA.

Wen sollen wir nun einladen, nach Deutschland einzuwandern? Ideal wären Menschen aus dem christlich-europäischen Kulturkreis.

Aus unseren europäischen Nachbarländern können diese Einwanderer nicht kommen, denn diese Länder haben denselben Geburtenmangel wie wir.

Auch aus USA, Kanada, Australien werden wir keine Einwanderer bekommen – im Gegenteil, in diese Länder wandern Deutsche aus !

Es ist also völlig klar, dass wir keine ausreichende Anzahl begabter und gut ausgebildeter Einwanderer aus hoch industrialisierten Ländern als Einwanderer bekommen würden.

Bleiben die armen und wirtschaftlich schwachen Länder des ehe-

mals Kommunistischen Blocks und der Dritten Welt. Möglicherweise gelänge es uns, aus diesen Ländern begabte Menschen nach Deutschland zu holen. Das Green Card-Angebot für Computerwissenschaftler war wohl auch deshalb an Indien gerichtet, weil man dachte, dort leben so viel Menschen, dass ein Weggang von 50.000 wissenschaftlich ausgebildeten Menschen keine Rolle spiele. Das ist aber nicht richtig.

Gerade Entwicklungsländer brauchen selbst ihre intellektuelle und wissenschaftliche Elite zum Aufbau ihres Landes.

Was wäre das für eine Politik, wenn wir uns als reiches Land selbst zu schade sind, die Mühen und Kosten für Kinder auf uns zu nehmen, aber dann zum Ausgleich dafür die begabten Kinder armer Länder in unser Land holen. Das wäre eine neue Art der Ausbeutung der Entwicklungsländer.

Würden wir die Eliten der armen Länder zur Einwanderung nach Deutschland bewegen, müssten wir uns für diese „Entwicklungspolitik“ schämen. Wollen wir den Entwicklungsländern nach ihren Rohstoffen nun auch noch ihre begabtesten Menschen wegnehmen? Sind wir bereit diesen Ländern die Kosten für die Ausbildung ihrer jungen Menschen in Höhe von 200.000 DM pro Person zu erstatten? 100.000 Zuwanderer kosten dann 20 Milliarden DM!

Die benötigten 500.000 Einwanderer pro Jahr könnten also nur durch Zuwanderung armer und schlecht oder gar nicht ausgebildeter Menschen erreicht werden. Das wäre keine Hilfe für unsere wirtschaftliche Entwicklung und würde sicher von unserer Bevölkerung weder gewollt noch akzeptiert werden.

Es gibt keine Alternative zur Erhöhung der Geburtenrate durch substantielle Förderung von Kindern und Familien.

14. Bevölkerungsentw., Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus

Deutschland wird leider immer wieder durch Ausbrüche von Gewalt gegen Ausländer bis hin zu Mord und Totschlag erschüttert. Diese gemeinen und feigen Taten werden zu recht von allen Politikern der demokratischen Parteien und natürlich auch von der großen Mehrheit der gesetzestreuen und wohlmeinenden Bürger unseres Landes verurteilt. Für Gewalttaten gegen Ausländer gibt es keine Rechtfertigung und keine Entschuldigung, genauso wenig wie es eine Rechtfertigung oder Entschuldigung für Gewalttaten gegen andere Menschen gibt.

Ich hatte die nachfolgenden Gedanken in der ersten Version meiner Überlegung zur Bevölkerungsentwicklung vom Juni dieses Jahres bewusst weggelassen, weil ich die Gefahr eines Missbrauchs durch rechtsextreme Gruppierungen sehe. Allerdings haben mich die vielen untauglichen Appelle angesichts der Ermordung eines ausländischen Mitbürgers bewogen, diesen Teil nun einzufügen.

Ich möchte vorausschicken, dass ich selbst in meiner wissenschaftlichen Arbeitsgruppe um ausländische Doktoranden und Assistenten als Mitarbeiter werbe. Zur Zeit besteht meine Arbeitsgruppe zu 40% aus Ausländern aus vier verschiedenen Ländern. Ich habe in meinem gesamten bisherigen wissenschaftlichen Leben immer mit Ausländern zusammengearbeitet und dabei sehr viele positiven Erfahrungen sammeln können. Ich würde mich deshalb vehement gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit wehren, genauso wie gegen eine Vereinnahmung durch rechtsextreme Gruppierungen.

Dennoch ist es notwendig, die heutige Situation des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern nüchtern zu betrachten und zu analysieren. Dabei muss man zunächst feststellen, dass sich dieses Zusammenleben für verschiedene Teile unseres

Volkes ganz verschieden darstellt. Am wenigsten werden unsere ausländischen Mitbürger de facto von unseren Politikern auf Landes- und Bundesebene wahrgenommen, da deren Lebens- und Arbeitsumfeld geradezu gegen ausländische Mitbürger abgeschirmt ist. Zu Abgeordneten können nur Deutsche gewählt werden. Demzufolge sind in den Parteien und Parlamenten Ausländer nicht vertreten, abgesehen von ganz wenigen eingebürgerten Personen. Geht man vom gegenwärtigen Ausländeranteil von 9% aus, so müssten im Bundestag (656 Abgeordnete) rund 60 ausländische Abgeordnete sitzen. Dies wäre nach SPD und CDU die drittgrößte Gruppierung, größer als die Gruppen der CSU (47), FDP (43), Grünen (47) und PDS (36) Abgeordneten. Dieses Beispiel soll den Politikern nur vor Augen führen, wie stark der Ausländeranteil in unserem Land geworden ist. Während sich die normale Bevölkerung damit in allen Lebenssituationen auseinandersetzen muss, wissen die meisten Politiker nichts von den damit verbundenen Problemen.

Auch mein Arbeitsbereich, die Universität, ist nicht repräsentativ. An der Universität hat man es mit hochbegabten und gebildeten Menschen zu tun, ganz gleich ob Deutsche oder Ausländer, und es ist immer ein Gewinn mit diesen zusammenzuarbeiten. Sprachbarrieren gibt es hier auch nicht, da man sich zumindest sofort in englischer Sprache unterhalten kann.

Der Großteil der in den letzten 20 Jahren in unser Land zugewanderten Ausländer ist allerdings nicht akademisch ausgebildet, sondern hat im Gegenteil sehr oft einen niedrigen Bildungsstand. Sehr oft handelt es sich um Wirtschaftsflüchtlinge oder abgewiesene Asylbewerber aus völlig anderen Kulturkreisen, die sich ein Bleiberecht erstritten haben.

Diese Menschen teilen dann natürlich nicht den Lebensraum der

Villenviertel und der schmucken Siedlungen aus Ein- und Zweifamilienhäusern, in denen unsere besser verdienenden Mitbürger leben, sondern den Lebensraum billiger und wenig gepflegter Mietshäuser und Wohnsilos, in denen auch unsere gering verdienenden und nur wenig ausgebildeten, vielleicht auch weniger begabten Mitbürger leben.

Man muss erkennen, dass sich der wenig ausgebildete Teil unseres Volkes in einer unmittelbaren Konkurrenzsituation zu den ausländischen Mitbürgern sieht und durch deren Anteil von 30% in seinem Wohn- und Arbeitsumfeld in seiner Toleranzfähigkeit überfordert ist.

Dem konservativ oder gar national gesinnten Teil unserer Bevölkerung muss die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung große Frustrationen verursachen, auch wenn viele die hier dargestellten Details gar nicht kennen. Während also unsere intellektuellen und wirtschaftlichen Eliten von dem großen Ausländeranteil in unserer Bevölkerung nur profitieren und ihn in ihrem beruflichen und privaten Lebensraum kaum bemerken, haben die einfachen und ökonomisch schwachen Schichten um so größere und oft auch unmittelbare Probleme damit.

Ein wichtiger Aspekt der Ausländerthematik sind die ungenügende Integration der ausländischen Mitbürger und die zahlenmäßig geringen Einbürgerungen. Obwohl das Verfahren deutlich erleichtert wurde, fanden im Jahr 1997 bei 7,4 Mio. Ausländern nur 278.662 Einbürgerungen statt. Davon betrafen fast 180.000 Personen aus der ehemaligen Sowjet-Union, die als Russland-Deutsche anerkannt wurden. Während die in die USA einwandernden Ausländer mit großem Ehrgeiz die Einbürgerung in die USA bei gleichzeitiger Aufgabe ihrer alten Staatsangehörigkeit anstreben und von Stolz erfüllt sind, wenn sie dieses Ziel er-

reicht haben, strebt die überwiegende Mehrheit unserer ausländischen Mitbürger nicht die deutsche Einbürgerung an. Viele planen offenbar nach ihrem Arbeitsleben wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren. Da diese meist ein sehr viel geringeres Preisniveau haben, können sie sich dort mit ihren Rentenansprüchen ein komfortableres Leben leisten als deutsche Arbeitnehmer, die ihren Lebensabend hier verbringen.

Das Statistische Bundesamt hat im Juli 2000 Modellrechnungen zur „Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050“ veröffentlicht, in denen 2 Varianten mit Nettozuwanderungen von 100.000 bzw. 200.000 Ausländern pro Jahr angenommen werden.

Die ebenfalls im Juli 2000 durch das Bundesministerium des In-

tern veröffentlichten „Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2050“ enthalten 4 Varianten mit Nettozuwanderungen von 100.000 (A), 200.000 (B) und 300.000 (C) Ausländern pro Jahr sowie eine Kontrollvariante (K) ohne Nettozuwanderung. In all diesen Berechnungen wird davon ausgegangen, dass die Geburtenrate in den westlichen Bundesländern bei 1,35 Kindern pro Frau für deutsche und bei 1,50 Kindern pro Frau für ausländische Frauen verbleibt. Für die östlichen Bundesländer nimmt man an, dass die Geburtenrate der deutschen Frauen bis 2005 auf das Westniveau steigt (1,35) und danach konstant bleibt. Die Kontrollvariante K entspricht damit im wesentlichen meinen Berechnungen nach Variante 1, abgesehen davon, dass

ich eine konstant niedrige Geburtenrate in den östlichen Bundesländern angenommen habe.

Besonders aufschlussreich ist, dass beide Veröffentlichungen keine Modellrechnungen mit einer ansteigenden Geburtenrate enthalten. Da die ausführenden Institute in ihren Modellannahmen weitgehend an die politischen Vorgaben gebunden sind, bedeutet dies, dass unsere Politiker eine Erhöhung der Geburtenraten durch substantielle Förderung von Kindern gar nicht in Erwägung ziehen und offenbar nicht für wünschenswert halten. Als einzige Lösung des Problems wird von der Politik stets nur eine drastische Erhöhung der Zuwanderung von Ausländern angesehen.

Zur Verdeutlichung sind hier die wichtigsten Ergebnisse der Modellrechnungen des Bundesministeriums des Innern zusammenfassend dargestellt. Neben der genannten Zuwanderung von Ausländern wird außerdem von einer deutlichen Erhöhung der Einbürgerungszahlen ausgegangen:

Modell	Ausländerzuwanderung / Jahr	Ausländerabwanderung / Jahr	Ausländer Nettozuwanderung / Jahr	Gesamtbevölkerung 2050 in Mio.	Deutsche (o. Einbürg.) 2050 in Mio.	Einbürgerungen bis 2050 in Mio.	Ausländer 2050 in Mio.	Ausländer + Einbürger 2050 in Mio.	Anteil an Gesamtbevölkerung in %	
									Ausländer	Ausländer + Einbürger
K	400.000	400.000	0	58,6	51,3	4,1	3,2	7,3	5,5	12,5
A	500.000	400.000	100.000	64,8	51,5	5,4	7,9	13,3	12,2	20,5
B	800.000	600.000	200.000	70,3	51,6	6,7	12,0	18,7	17,1	26,6
C	900.000	600.000	300.000	74,9	51,7	7,2	16,0	23,2	21,4	31,0

Selbst bei der Modellvariante A mit einer Nettozuwanderung von nur 100.000 Ausländern pro Jahr steigt deren Anteil von heute 9% auf 12,2%. Diese Begrenzung wird nur dadurch erreicht, dass bis 2050 die Einbürgerung von 5,4 Mio. Ausländern angenommen wird. Eingebürgerte Ausländer zusammen mit den verbliebenen Ausländern erreichen danach im Jahr 2050 einen Anteil von 20,5% an der Gesamtbevölkerung. Ich bin der Überzeugung, dass dies das absolute Maximum ist, was man dem deutschen Volk zumuten kann.

Wie aus obiger Tabelle zu ersehen ist, geht die Bundesregierung davon aus, dass neben der Nettozuwanderung eine zusätzliche sogenannte Sockelwanderung von 400.000 bzw. 600.000 besteht. In seinen Berechnungen nimmt das Innenministeriums an, dass bei Modell A 400.000 Ausländer Deutschland verlassen und 500.000 pro Jahr nach Deutschland einwandern. Dabei wird auch angenommen, dass die abwandernden Ausländer im Mittel deutlich älter sind als die zuwandernden. Dadurch ergäbe sich ein positiver Zusatzeffekt in Bezug auf die Altersverteilung der Bevölkerung, die ansonsten noch stärker überaltern würde.

Tatsächlich würde eine solche Situation eintreten, wenn die abwandernden Ausländer einen großen Anteil Rentner oder allgemein Personen enthielten, die hier über viele Jahre hinweg spätere Rentenansprüche erworben haben. Diese Personen würden dann zwar nicht mehr in Deutschland leben und damit nicht mehr in der Ausländerstatistik enthalten sein, aber wirtschaftlich wäre eine Rückkehr ausländischer Rentner in ihre Heimatländer extrem nachteilig. Wenn jährlich 100.000 ausländische Rentner in ihre Heimatländer zurückkehren und dort ihre Renten verbrauchen, dann sind das 100.000 x 12 Monate/Jahr x 2.000 DM/Monat x 15 Rentenjahre = 36 Mrd. DM, die pro Jahr ins Ausland überwiesen werden und dem inländischen Wirtschaftskreislauf verloren gehen. Da wäre es dann wesentlich besser, diese Rentner blieben in Deutschland und

würde ihre Rente hier konsumieren. Der vom Bundesinnenministerium betonte Verjüngungseffekt tritt also gar nicht ein, wenn man die wirtschaftlichen Zusammenhänge betrachtet. Dabei kann man davon ausgehen, dass nur diejenigen Ausländer im Rentenalter in ihre Heimatländer zurückkehren, die wirtschaftlich stark sind und dadurch einen ausreichenden Rentenanspruch erworben haben. Die wirtschaftlich schwachen alten Ausländer, die eventuell sogar auf Sozialhilfe angewiesen sind, werden mit großer Wahrscheinlichkeit hier verbleiben und nicht in ihre Heimatländer zurückkehren.

Ein weiterer Aspekt der vom Bundesinnenministerium angenommenen Sockelwanderung muss hier diskutiert werden, der die Kriminalstatistik unserer ausländischen Mitbürger betrifft. Laut Statistischem Jahrbuch 1999, Tabelle 15.7 auf Seite 357, waren bei einem Ausländeranteil von 10,6% in den westlichen Bundesländern im Altersegment der Jugendlichen 27,3%, der Heranwachsenden 28,4% und der Erwachsenen 26,7% aller Verurteilten Ausländer, d.h. die mittlere kriminelle Aktivität der Ausländer ist etwa 3,2-fach höher als die der Deutschen. Nachfolgende Tabelle ist eine Zusammenfassung der Tabelle 15.9 im SJB 1999 (S. 358).

Anteil der Ausländer in Westdeutschland (10,6%) an verschiedenen Verbrechen u. Vergehen (Tab. 15.9, SJB '99)								
Verbrechen (1997) →	Anteil an allen Verurteilte	Sexueller Missbrauch von Kindern	Vergewaltigung	Mord und Totschlag	Gefährliche u. schwere Körperverlet.	Schwerer Diebstahl	Raub und Erpressung	Urkundenfälschung
Alterssegment ↓								
Jugendliche	31,6%	24,3%	47,9%	42,1%	36,2%	22,4%	45,1%	27,5%
Heranwachsende	28,4%	17,7%	36,2%	37,3%	34,8%	29,3%	41,9%	36,4%
Erwachsene	26,7%	12,1%	36,3%	35,6%	32,3%	30,5%	31,4%	45,9%

Wenn man die wirtschaftliche Belastung durch Finanzübertragungen ins Ausland, die extremen finanziellen und gesellschaftlichen Belastungen durch die 3-fach höhere Kriminalität und schließlich die weiteren großen finanziellen Aufwendungen berücksichtigt, die durch die Einfügung von jährlich 500.000 zuwandernden Ausländern in unserer wirtschaftliches und soziales System verursacht werden, ist es rational nicht begründbar, dass unsere Politiker es vorziehen, all diese finanziellen und gesellschaftlichen Belastungen auf sich zu nehmen, anstatt einfach die eigenen Kinder und Familien ausreichend zu fördern.

Sollte es nicht gelingen, die dargestellte Entwicklung durch eine Zunahme der deutschen Geburtenraten zu entschärfen, dann muss man davon ausgehen, dass in den nächsten 20 Jahren rechtsextreme nationalistische Bewegungen großen Zulauf erhalten. Es könnte dann eine Situation entstehen, in der ein charismatischer, rechtsextremer Populist wieder politische Bedeutung erlangt. Man

sollte nicht zu sicher sein, dass solche Entwicklungen in unserem Land nicht mehr möglich sind. Das Verbot rechtsextremer Parteien ändert an dieser Situation nichts und ist deshalb ein untaugliches Mittel.

Unsere heutigen demokratischen Parteien müssen erkennen, dass sie die Verantwortung dafür tragen, dass eine solche Situation nicht eintritt. Wenn in den nächsten Jahren keine substantielle Förderung von Kindern einsetzt, die eine ausreichende Geburtenrate bewirkt, müsste man den politischen Parteien große Schuld an einem dann unausweichlichen Erstarken rechtsradikaler Parteien zusprechen.

Wenn gewählte Politiker bereits wegen hoher Benzinpreise zum Widerstand auf der Straße aufrufen (11.9.2000), sollte man sich nicht wundern, wenn national gesinnte Bevölkerungsteile in der dramatischen Bevölkerungsentwicklung einen sehr viel angemesseneren Anlass zum Widerstand auf der Straße sehen.

Ich bin überzeugt, dass die deutsche Bevölkerung 100.000

Ausländer pro Jahr herzlich willkommen heißen würde, wenn sich die Empfindung ausbreiten würde, dass die eigenen Kinder und Familien auch ausreichend unterstützt und gefördert würden. In diesem Falle würde Ausländerfeindlichkeit sehr schnell verschwinden und wir hätten die Chance, uns als weltoffene und aufgeschlossene Gesellschaft zu entwickeln.

Bei den von der Bundesregierung in Modell B und C entwickelten und offenbar präferierten Szenarien wird die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland noch sehr viel stärker werden. Dies wird unser mühsam erworbenes internationales Ansehen sehr schnell zerstören und uns auch wirtschaftlich großen Schaden zufügen.

Auch muss man dann davon ausgehen, dass noch mehr Deutsche auf eigene Kinder verzichten, weil sie ihnen ein Leben unter diesen Umständen nicht zumuten wollen. Andere werden aus Deutschland auswandern, sofern sie es sich wirtschaftlich leisten können.

15. Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung durch Förderung von Familien und Kindern.

Aus den dargestellten Auswirkungen einer zu geringen Geburtenrate kann die Schlussfolgerung nur lauten: Es muss eine Förderung der Familien und Kinder geschaffen werden, die langfristig eine stabile Bevölkerungsentwicklung ermöglicht.

Die Bezeichnung Familie schließt hier natürlich Alleinerziehende mit ihren Kindern immer mit ein. Eine Familie entsteht ja nicht dadurch, dass Mann und Frau zusammen sind, sondern dass mindestens ein Kind mit dabei ist.

Natürlich ist es nicht möglich und auch gar nicht wünschenswert, wieder die hohen Geburtenzahlen vor dem Pillenknick anzustreben.

Was man aber unbedingt erreichen muss, ist eine Stabilisierung der Jahrgangsstärken nach dem Pillenknick. Hierfür würden jährlich ca. 900.000 Geburten benötigt, was man durch eine Anhebung der Geburtenrate auf 2,1 im Verlauf der nächsten 10 Jahre erreichen könnte.

Auch in diesem Fall würde die Bevölkerung bis 2050 auf ca. 70

Millionen abnehmen, danach aber konstant bleiben.

Nach meiner persönlichen Meinung wäre es ideal, zumindest 90% dieser Geburtenzahlen zu erreichen und die restlichen 10% durch Zuzug von Ausländern auszugleichen. Dies könnte durch Aufnahme von jährlich 30.000 anerkannten Asylbewerbern und durch Anwerbung weiterer 60.000 begabter und möglichst gut ausgebildeter Ausländer und Ausländerinnen geschehen. Hierfür müssten die Herkunftsländer allerdings eine Entschädigung erhalten.

Aus meiner Sicht ist es völlig unverständlich, dass die hier dargestellten Probleme in der Öffentlichkeit nicht thematisiert und intensiv diskutiert werden. Es hat den Anschein, als würden unsere Politiker bewusst und absichtlich auf eine, für eine stabile Bevölkerungsentwicklung ausreichende Förderung von Familien und Kindern verzichten. Ist dies immer noch eine Auswirkung der unseligen Familienpolitik des Hitler-Regimes, die Kinder gefördert

hat, um später Soldaten zu haben? Von diesem Schreckgespenst müssen wir uns lösen. Natürlich wollen wir kein Bevölkerungswachstum. Aber wir dürfen uns aus Angst vor den Schatten des Hitler-Regimes auch nicht davon abhalten lassen, eine nachhaltige und an wirtschaftlicher Vernunft ausgerichtete Förderung von Kindern und Familien zu schaffen.

Die gegenwärtige Tatenlosigkeit der deutschen Politiker hinsichtlich des rapiden Geburtenrückgangs, obwohl unser Land über großen Wohlstand verfügt und zahlreiche andere Länder im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen unterstützt, verletzt ihren Amtseid, in dem sie gelobt haben, Schaden vom Deutschen Volk zu wenden.

Es ist in meinen Augen ein Skandal, dass es des Bundesverfassungsgerichtes bedurfte, um unsere Politiker zu einer kleinen Verbesserung der Familienförderung zu zwingen.

15.1. Häufige Verteilung der Kosten für Kinder auf die Eltern und die Allgemeinheit

Den meisten Eltern ist gar nicht bewusst, dass sie für ihre Kinder keinerlei finanzielle Förderung erhalten. Das Kindergeld in Höhe von DM 270 für das 1. und 2. Kind, DM 300 für das 3. Kind und DM 350 für alle weiteren Kinder wird bei der Einkommenssteuerberechnung mit der Steuerersparnis für einen Kinderfreibetrag von monatlich DM 576 verrechnet. Das bedeutet, nicht einmal das Existenzminimum in Höhe von DM 800 pro Monat und Kind wird steuerfrei gestellt. Der Grundsatz, dass das Existenzminimum steuerfrei bleibt und nur darüber liegende Einkommensanteile besteuert werden, wird bei den Erwachsenen schon lange angewandt, aber nicht für die Kinder. Das Kindergeld stellt also nur für

die untersten Einkommensklassen eine echte, wenn auch völlig unzureichende Förderung dar.

Unser Land fördert durch steuerliche Abschreibung und durch direkte Zuschüsse materielle Güter aller Art. Es werden Schiffe gefördert und der Kohlebergbau, Immobilien und Produktionsmittel, die Luftfahrt und die Eisenbahn, neue Wind- und Solar-Energieanlagen sowie die Gründung von Firmen, aber die Basis für dies alles, die nachwachsenden Kinder werden nicht gefördert.

Die Förderung der materiellen Investitionen geschieht in der Regel ohne Festlegung von Obergrenzen. In den neuen Bundesländern, deren Aufbau von mir ausdrücklich unterstützt wird, wurden da-

durch viele tausend Quadratmeter jetzt leerstehender Gewerbe- und Wohnimmobilien gebaut, die insgesamt eine ungeheure Verschwendung von Volksvermögen darstellen. Der Staat verlor seine Steuereinnahmen und auch der steuerlich begünstigte Investor verliert, wenn die Immobilie nicht vermietet oder verkauft werden kann, d.h. alle verlieren.

Wir bauen seit 10 Jahren und voraussichtlich noch für weitere 20 Jahre mit jährlich 150 Milliarden DM die Infrastruktur im Osten auf, aber wir haben offenbar kein Geld, um die Kinder dort zu fördern. Bei den gegenwärtigen Geburtenraten wird in 20 Jahren Ostdeutschland weitgehend entvölkert sein, zumindest was die

junge Generation anbetrifft, aber über eine moderne Infrastruktur verfügen. Die Unsinnigkeit dieser Verhaltensweise ist offensichtlich.

Das Argument, es wäre kein Geld da, kann also nicht gelten, da es anderweitig geradezu verschwendet wird. Wenn für Kinder keine größere finanzielle Förderung bereitgestellt wird, heißt das nur, die Politik räumt der Bevölkerungsentwicklung keine ausreichend hohe Priorität ein, da ungeborene Kinder keine Wähler sind, während alte Menschen und natürlich auch kinderlose Erwachsene eine Wählerstimme haben.

Gegenwärtig erleben wir gerade, dass gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften Ehepaaren weitgehend gleichgestellt werden. An einer Förderung der nachwachsenden Generation ist aber offenbar niemand interessiert.

Richtig wäre es, das Ehegattensplitting auf Familien zu begrenzen, da nur die Fürsorge für Kinder dies rechtfertigt.

Auch in der gegenwärtigen Situation könnte die Familien- und Kinderförderung finanziert werden, wenn der politische Wille vorhanden wäre. Bei einer Steuerreform muss die Steuererleichterung an die Familien weitergegeben werden. Eine Senkung des Spitzensteuersatzes bewirkt vornehmlich, dass noch mehr Geld in ausländische Investitionen fließt und den Euro-Kurs weiter schwächt, da dieser Personenkreis bereits heute seine Konsumwünsche voll befriedigen kann. Eine finanzielle Besserstellung der Familien mit Kindern würde nicht nur zur Stabilisierung der Bevölkerung führen, sondern das Geld auch im Land belassen, da dieser Personenkreis noch in großem Ausmaß unerfüllte Konsumwünsche hat.

Erstrebenswert wäre es, das Ziel von 2 Kindern pro Frau unter Beteiligung eines möglichst großen Bevölkerungsanteils zu erreichen, damit sich möglichst alle an der Zukunftsvorsorge beteiligen. Es wäre, vereinfacht ausgedrückt, vorteilhafter, jede Frau bekäme zwei Kinder, als dass die Hälfte aller Frauen im Mittel je vier Kinder bekämen. Heute werden die dritten und vierten und alle weiteren Kinder stärker gefördert als die beiden ersten, das Kindergeld steigt ja mit der Kinderzahl an.

Statt dessen sollte man das erste und zweite Kind einer Familie massiv fördern und die Förderung für die dritten, vierten und weiteren Kinder im Vergleich zu den beiden ersten reduzieren. Die Kinderförderung sollte also degressiv sein und nicht wie bisher progressiv.

Geforderte Mindest-Förderung für die beiden ersten Kinder:

- 400 DM Freibetrag pro Kind und Monat **und zusätzlich**
- 400 DM Kindergeld pro Kind und Monat

Dies hätte zur Folge, dass sich die Eltern und die Allgemeinheit das Existenzminimum für die Kinder in Höhe von DM 800 monatlich teilen. Wenn wieder nahezu alle Erwachsenen Kinder haben würden, würden sich die Kosten im Laufe der Jahre im wesentlichen wieder ausgleichen. Damit würde aber sichergestellt, dass sich der Personenkreis, der selbst keine Kinder hat, zumindest über seine Steuern an den Kosten für die nächste Generation beteiligt, auf die auch er im Alter angewiesen ist.

15.2. Einführung eines Erziehungs- und Betreuungsgebhaltes für Eltern

Eine entscheidende Ursache für die zu geringen Geburtenraten besteht darin, dass wir der Arbeit der Betreuung und Erziehung von Kindern keinen Wert beimessen, wenn diese in den Familien getan wird. Wenn diese Arbeit statt dessen von kommerziellen Firmen besorgt wird, wissen wir natürlich, dass man sie teuer bezahlen muss.

Kürzlich war in der FAZ zu lesen, dass die Stadt Köln zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von 180 Waisenkindern aus Kriegsregionen den Betrag von jährlich 15,5 Millionen DM aufwendet. Dies entspricht einem

Betrag von 86.000 DM pro Kind und Jahr oder 235 DM pro Kind und Tag. Demzufolge kostet die kommerzielle Betreuung von Kindern 24-mal soviel wie das Kindergeld. Oder anders ausgedrückt: pro Tag fast so viel wie wir den Familien als Unterstützung für ein Kind pro Monat geben.

Oft wird vorgebracht, dass die Entscheidung gegen Kinder auf einer vielschichtigen und fundamentalen Abwägung persönlicher Interessen beruht und nicht durch Fördermaßnahmen beeinflusst werden könnte. Schließlich würden große Geburtenzahlen nur in armen Ländern auftreten und alle

hochentwickelten reichen Länder hätten durchweg geringe Geburtenraten. Das ist natürlich Unsinn, wie schon allein die hohen Geburtenraten in den USA, Dänemark und den Niederlanden zeigen. In armen Ländern stellen viele Kinder einen Reichtum dar, schon allein weil sie die Altersversorgung ihrer Eltern sicherstellen. Viele Kinder sind also für den Einzelnen ökonomisch sinnvoll, auch wenn zu viele Kinder das Volk als Ganzes belasten. In den meisten reichen Ländern ist es gerade umgekehrt: Kinder verursachen Kosten und große Einkommensausfälle. Es ist also für den Einzelnen ökonomisch sinnvoll, keine

Kinder zu haben, auch wenn zu wenige Kinder die Zukunft des Volkes als Ganzes gefährden.

Heute besteht in Deutschland für ein junges Paar die größte Armutsgefahr darin, ein Kind zu bekommen. Laut Statistischem Bundesamt haben Ehepaare mit Kindern nur 63% des Einkommens von vergleichbaren Paaren ohne Kinder zur Verfügung.

Wenn man 2 junge Menschen betrachtet, die z.B. 3.100 DM und 2.500 DM netto verdienen, so können diese sich alle üblichen Annehmlichkeiten leisten, zweimal im Jahr in Urlaub fahren und noch Geld für den Kauf einer Eigentumswohnung ansparen. Sollten sie sich aber entschließen, zwei Kinder zu bekommen und die Frau gibt ihre Arbeit auf, um die Kinder zu betreuen und zu versorgen, dann ist diese Familie plötzlich arm. Statt 5.600 DM netto für 2 Personen stehen dann mit Steuerersparnis und Kindergeld noch etwa 4.200 DM netto für vier Personen zur Verfügung. Es ist verständlich, dass sich viele junge Leute nicht in diese Armutsfalle begeben wollen und ihren Kinderwunsch verschieben. Wurde er erst mal um 10 Jahre verschoben, ist die Gefahr groß, dass er ganz aufgegeben wird und das Paar kinderlos bleibt.

Unsere Gesellschaft muss zeigen, dass sie der Betreuung und Erziehung von Kindern in den Familien die Wertschätzung zuzisst, die sie verdient. Dies kann nur dadurch geschehen, dass die Betreuungs- und Erziehungsarbeit bezahlt wird.

Das bedeutet, es muss für die ersten beiden Kinder ein Betreuungs- und Erziehungsgehalt für einen Elternteil eingeführt werden.

Bisher wird diese Arbeit, in den meisten Fällen von den Müttern, ohne jede Bezahlung geleistet. Die fehlenden Geburten bedeuten damit auch, dass sich unsere Frauen völlig zu Recht zunehmend weigern, diese Arbeit zukünftig ohne Bezahlung zu leisten.

Wir haben über Jahrzehnte unseren Kindern, Jungen wie Mädchen, erklärt, dass gute Ausbildung, ein verantwortungsvoller Beruf und Geld verdienen ein glückliches Leben bedeuten. Wir sollten uns freuen, dass unsere jungen Frauen das jetzt begriffen haben.

Unser marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem, das dem Einzelnen große Chancen eröffnet und uns einen nie dagewesenen Wohlstand beschert hat, hat inzwischen alle Lebensbereiche

durchdrungen. Am extremsten wurde es im medizinischen Bereich verwirklicht. Die Ärzte lassen sich für jeden einzelnen Handgriff bezahlen und haben es damit zu Reichtum gebracht. Aber auch Lehrer machen keine Überstunden mehr und Handwerker berechnen jede Kleinigkeit separat.

Warum sollten ausgerechnet die Eltern die zeitlich umfangreiche, anstrengende und nervenaufreibende Erziehungsarbeit völlig kostenlos leisten.

Maßstab für das Erziehungsgehalt sollten 50% des durchschnittlichen Gehalts von vollbeschäftigten Kindergarten-Erzieherinnen sein. Nur die Hälfte dieses Gehalts deshalb, weil die Mütter/Väter keine ausgebildeten Erzieher sind und der Kinderwunsch nicht nur auf kommerziellen Interessen beruhen sollte. Andererseits ist die Betreuung von Kleinkindern ein 7-Tage/Woche 24-Stunden/Tag-Job und nicht nur ein 5-Tage/Woche 8-Stunden/Tag-Job. Geht man davon aus, dass eine junge Kindergärtnerin netto 3.000 DM pro Monat verdient, so müsste das Erziehungsgehalt 1.500 DM pro Monat betragen:

Gefordertes Betreuungs- und Erziehungsgehalt für einen Elternteil (nur für die ersten beiden Kinder eines Paares, nur 1 Elternteil)

- In den ersten 3 Lebensjahren des Kindes wenn der Elternteil nicht arbeitet** **1.500 DM pro Monat**
- Vom Beginn des 4. bis zum Ende des 10. Lebensjahres, wenn der Elternteil höchstens halbtags arbeitet** **750 DM pro Monat**

Wenn die deutschen Frauen sich weigern, die Betreuungs- und Erziehungsarbeit für die Kinder weiterhin umsonst zu leisten, bedeutet das nur, dass sie sich von einem Teil ihrer Ausbeutung durch die Männer befreit haben.

Es gibt noch viele andere Bereiche der Ausbeutung, die oft gar nicht so offensichtlich sind.

Allgemein bekannt ist, dass Frauen noch immer für dieselbe Arbeit im Durchschnitt nur etwa 70% der Bezahlung der Männer erhalten. Trotz großer Programme zur Verwirklichung der Gleichberechtigung in der Arbeitswelt, verdienen Frauen nicht nur weniger, sondern haben auch wesentlich geringere Chancen in besser bezahlte Führungspositionen aufzusteigen. Die Männer schaffen es nach wie vor,

ihre Privilegien zu bewahren. Frauen werden Führungspositionen oft auch mit dem Argument verweigert, dass sie wegen Kinderbetreuung nicht so flexibel in ihrer Arbeitszeit und bei Überstunden seien als Männer.

Weniger bekannt ist folgendes: Frauen zahlen beispielsweise höhere Beiträge in der privaten Krankenversicherung, da sie vor

allem wegen Entbindungen mehr Kosten verursachen als Männer.

Es setzt sich ja allgemein immer mehr das Verursacherprinzip durch, d.h. diejenige Gruppe, die für die nötigen Ausgaben verantwortlich ist, muss auch die Kosten tragen.

So gibt es jetzt z.B. zahlreiche Varianten der Autoversicherung und auch die Frauen haben es endlich geschafft, dass ihre viel geringere Schadenshäufigkeit zu geringfügigen Beitragsabsenkungen geführt hat. Würde man dieses Verursacherprinzip auch auf die Kosten für Polizei, Justiz, Strafvollzug

(und das Militär) anwenden, so müssten die Frauen viel geringere Steuern bezahlen als Männer.

Es ist statistisch erwiesen, dass schwere Straftaten und Verbrechen zu 90% von Männern verübt werden. Also sollten die Männer diese Kosten auch zu 90% tragen.

Die Frauen werden also von den Männern dadurch ausgebeutet, dass sie in der Arbeitswelt zurückgesetzt und um einen Teil ihres Lohnes betrogen werden, die Betreuungs- und Erziehungsarbeit für die Kinder umsonst leisten sollen und

schließlich, dass sie sich an den riesigen Kosten der gewalttätigen und aggressiven Männerwelt beteiligen müssen.

Man muss sich eigentlich wundern, dass die Frauen sich das so lange haben gefallen lassen. Diese Probleme waren übrigens in früheren Generationen nicht so schwerwiegend, weil damals die Ehegemeinschaften eben überwiegend ein Leben lang gehalten haben. Dadurch wurde innerhalb der Familie ein dauerhafter Ausgleich geschaffen. Diese dauerhaften Lebensgemeinschaften sind heute eher die Ausnahme.

15.3. Kosten der finanziellen Förderung von Kindern und Familien

Die hier geforderten finanziellen Mittel zur Förderung von Kindern und Familien setzen sich zusammen aus

Kinderfreibetrag und Kindergeld =	Beteiligung der Allgemeinheit mit 50% an Kosten für Kinder
Betreuungs- und Erziehungsgehalt =	Allgemeinheit bezahlt 50% des von den Eltern geleisteten Arbeitsaufwandes für Kinder

Bisher ist von diesen Forderungen nur das Kindergeld realisiert, das mit Steuerersparnis verrechnet wird. Nach neuen Beschlüssen der Regierungskoalition soll das Kindergeld innerhalb von 4 Jahren auf DM 400 pro Monat erhöht werden. Durch die hier geforderte Kombination von 400 DM ausbezahltem Kindergeld und 400 DM Freibetrag würden zusätzliche Kosten nur durch den durchschnittlichen Steuerausfall von ca. 150 DM für die zweite Komponente entstehen.

Das Betreuungs- und Erziehungsgehalt kostet bei voller Inanspruchnahme pro Kind über die ersten 10 Lebensjahre hinweg insgesamt 117.000 DM (3 Jahre x 12 x 1.500 DM + 7 Jahre x 12 x 750 DM = 117.000 DM). Im Mittel sind dies also rund DM 12.000 pro Jahr über 10 Jahre hinweg. Da sich die Förderzeiträume aber stark überlappen, reduzieren sich die Kosten auf im Mittel 8.000 DM pro Jahr über 10 Jahre.

Es ist aber auch zu berücksichtigen, dass durch diese Fördermaßnahmen die Zahl der Arbeitslosen mindestens um 1,5 Millionen reduziert würde. Ersparnis pro Arbeitslosem ca. 30.000 DM pro Jahr.

Damit ergeben sich folgende Gesamtkosten, wenn wir jährlich 700.000 Geburten von 1. und 2. Kindern annehmen (zusätzlich ca. 200.000 Geburten von 3., 4. oder weiteren Kindern):

Zusätzlicher Kinderfreibetrag	150 DM pro Monat = 1.800 DM pro Jahr Im Mittel 20 Jahrgänge zu je 900.000	32,4 Mrd. DM	19,4 Mrd. DM
Betreuungs- & Erziehungsgehalt	8.000 DM pro Jahr Im Mittel 10 Jahrgänge zu je 700.000	56,0 Mrd. DM	33,6 Mrd. DM
Ersparnis Arbeitslosengeld	30.000 DM pro Jahr je Arbeitslosem Reduktion um 1,5 Mio. (bzw. 1 Mio.) Arbeitslose	- 45,0 Mrd. DM	- 30,0 Mrd. DM
Gesamtkosten bei (100%) 50% west & 100% ost Förderung:		43,4 Mrd. DM	23,0 Mrd. DM

In einem ersten Schritt, könnte man für die westlichen Bundesländer 50% und für die östlichen 100% dieser Förderung beschließen. Dies würde die zusätzlich benötigten Finanzmittel auf ca. 23 Mrd. DM begrenzen, die möglicherweise bereits die erwünschten Geburtenzahlen bewirken könnten.

Diese Beträge wären für Kinder wesentlich besser angelegt, als für Altenförderung.

15.4. Flankierende strukturelle Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern

Neben der finanziellen Förderung von Familien mit Kindern sind umfassende flankierende Maßnahmen nötig, die es z.B. dem betreuenden Elternteil erlauben, bald wieder berufstätig zu werden, wenn er es möchte:

- Klare Aussagen aller gesellschaftlichen Gruppen, dass der Geburtenmangel zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen führt und mehr Geburten wünschenswert wären und mehr Babys daher sehr willkommen wären !!
- Umfassende Hilfen bei Wiedereingliederung der Mütter/Väter in den Beruf
- Ein Recht auf Teilzeitarbeit eigener Gestaltung nach dem Erziehungsurlaub
- Der Staat tritt in Vorlage für Unterhaltszahlungen nicht zahlender Eltern (Väter) und treibt die Gelder von diesen ein
- Bereitstellung ausreichender Hort- und Kindergartenplätze
- Flächendeckende „Betreuende Grundschulen“ mit Betreuung bis 17 Uhr
- Bevorzugen und nicht Benachteiligung von Familien bei Vermietungen
- Freier Eintritt für Kinder in öffentliche Einrichtungen, z.B. für die EXPO
- Wesentlich billigere Fahrscheine für Kinder in Bahnen und Flugzeugen
- Und vieles, vieles mehr

Wichtig ist, dass Familien mit Kindern in der Gesellschaft wieder mehr Akzeptanz erfahren und andererseits selbst auch selbstbewußter auftreten. Kinder müssen eindeutig wieder mehr Rechte eingeräumt bekommen.

Die Kinderförderung muss so adjustiert werden, dass die Geburtenrate auf 2 Kinder pro Frau anwächst und dort verbleibt. Dies ist die Messgröße.

Alljährlich ist also zu entscheiden, ob dieses Ziel erreicht, unterschritten oder übertroffen wurde.

Ähnlich wie die Europäische Zentralbank den Zins adjustiert, um Geldmengenwachstum und Inflationsrate in einen Zielkorridor zu führen, muss auch die Kinderförderung adjustiert werden.

16. Schlussbemerkungen

Wir haben heute in Deutschland familienpolitische Rahmenbedingungen unter denen junge Menschen es sich nicht leisten können, Kinder zu bekommen und aufzuziehen. Diese Rahmenbedingungen müssen so geändert werden, dass es sich junge Menschen wieder leisten können, Kinder zu haben ohne dadurch in Armut zu geraten oder im Vergleich zu kinderlosen Ehepaaren in ihrem Wohlstand zurückzufallen.

Die Förderung von Kindern ist die wichtigste Investition in die Zukunft. Sie sollte nicht aus sozialen oder gar ideologischen Gründen erfolgen, sondern wird aus marktwirtschaftlichen Überlegungen als absolut notwendig erachtet. Deshalb ist die Höhe der Förderung, abgesehen von der Steuerfreiheit des Existenzminimums, alleine an dem Ziel auszurichten, eine Geburtenrate nahe 2,1 Kindern pro Frau und damit eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu erreichen.

Die hier geforderte marktwirtschaftliche hälftige Beteiligung der Allgemeinheit an den Kosten für Kinder und hälftige Bezahlung der Betreuungs- und Erziehungsarbeit würde effektiv vergleichsweise wenig Geld kosten, wenn man berücksichtigt, dass dadurch in großem Umfang Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe entfällt.

Die Förderung würde darüber hinaus ein starkes Wirtschaftswachstum anregen, die Arbeitslosigkeit rapide abbauen und den Bestand und die Zukunft des Deutschen Volkes sichern. Zudem würde Rechtsextremismus verschwinden und Rückwärtsgewandtheit durch Zukunftszuversicht und neue Dynamik abgelöst werden.

Dieselben Maßnahmen müssen von allen EU-Ländern ergriffen werden, damit Europa im Wettbewerb mit den USA und anderen Wirtschaftsregionen bestehen kann.

Je länger ich mich mit der Problematik der zu geringen Geburtenzahlen und der daraus resultierenden Überalterung der Gesellschaft beschäftige, um so unverständlicher wird mir das Verhalten unserer Politiker. Man kann häufig Klagen hören, dass der Anteil der alten Menschen immer größer wird und das Rentensystem dadurch aus dem Gleichgewicht gerät. Auch kann man hören, dass wir ein Einwanderungsgesetz brauchen und viele Ausländer, um die Bevölkerungsschrumpfung zumindest teilweise auszugleichen. Aber man hört nie, dass mehr Geburten wünschenswert wären, um unsere Bevölkerungsprobleme abzubauen. Das würde überhaupt kein Geld kosten, aber die Stimmung wesentlich beeinflussen.

Für junge Erwachsene, die trotz dieses Umfeldes darüber nachdenken, ob sie Kinder bekommen sollen, wäre es sehr wichtig zu wissen, dass ihr geplantes Baby in dieser Gesellschaft willkommen und erwünscht ist. So wie die Situation heute ist, müssen Sie denken, unseren Politikern wäre es lieber, ihr Kind käme nicht zur Welt. Dieses Verhalten hat einen sich selbst verstärkenden Effekt. Viele nehmen Abstand davon eigene Kinder zu haben, weil die Förderung und Akzeptanz von Kindern in unserer Gesellschaft zu gering ist. Die dadurch entstehenden Probleme verdüstern die Zukunft für andere so stark, dass sie ihren Kindern nicht zumuten wollen in einem solchen problembeladenen Land zu leben und verzichten deshalb ebenfalls auf Kinder. Es ist deshalb entscheidend, nicht nur die finanzielle und strukturelle Förderung zu verbessern, sondern auch, die Stimmung nachhaltig zu ändern und den jungen Menschen klar und deutlich zu sagen:

„Ihr müsst selbst entscheiden, ob ihr Kinder bekommen wollt. Aber wenn ihr welche bekommt, dann sind sie uns höchst willkommen und wir werden sie nach Kräften fördern und unterstützen.“